

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (C. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 M., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 6. Oktober 1894.

Inserate die viergesaltene Petitzeile oder deren Raum 20 S. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Metzgerstraße 12.

Zur Geschäftslage der Schweiz. Maschinenindustrie.

Der vom schweizerischen Handels- und Industrieverein über Handel und Industrie in der Schweiz im Jahre 1893 herausgegebene Jahresbericht enthält auch eine übersichtliche Darstellung der Geschäftslage der schweizerischen Maschinenindustrie. „Mit einem mißfälligen Nachruf“, sagt der „Verein schweizerischer Maschinen-Industrieller“ in seinem Bericht, „würde man dem Jahre 1893 Unrecht thun. Verursachte die lange Trockenheit auch mancherlei Schaden und Noth, so bestrafen diese doch Landwirthschaft, Handel und Gewerbe nur partiell; im großen Ganzen brachte das Jahr so reichen Segen an Bodenprodukten wie seit Jahrzehnten kein anderes.“

Und doch wurde das wirtschaftliche Leben vielfach und in empfindlicher Weise von abnormen Erscheinungen und krankhaften Zuständen gestört. Zunächst hatten wir es mit der Fortdauer der Geldnoth verschiedener Staaten, wie Portugal, Spanien, Griechenland und das ganze zentrale und südlliche Amerika, zu thun, später entwickelte sich aus der latenten eine akute Krisis in Italien und Serbien. Dann kam Australien mit einer beispiellosen Bankkrise und Valorenentwertung an die Reihe und schließlich die Nordamerikanische Union. . . . Dazwischen kam noch das Scheitern der Münzkonferenz in Brüssel und die rapide Entwertung des Silbers, die Trockenheit und Futternoth und der Wassermangel. Als die Ernte eingeheimt, die Weine gekeltert waren und alle Welt sich der Freude über den reichen Segen hingeben wollte, stellten sich erst die Krisen, eine nach der andern ein. Geld wurde rar und theuer und im gleichen Maße, wie sich Geld vertheuerte, entwerthete sich alle Waare. Es war, als ob sich der Segen in Unsegel verwandelt hätte; Abschlag und Entwerthung auf Allem, was einen Namen hatte, ausgenommen bares Geld. Am Schlusse des Jahres war die allgemeine wirtschaftliche Lage eine ungemüthliche, frostige, die Perspektive eine bedrohliche.

Seitdem hat sich der Horizont etwas aufgehellt, das Vertrauen in die Lage ist zurückgekehrt und diese selbst ist zur Stunde eine zuversichtlichere als sie seit langem war. Die Ursache des Umschwungs der Stimmung liegt nicht sehr tief: der deutsch-russische Handelsvertrag ist die einzige Quelle, aus der eine optimistische Anschauung der Dinge geschöpft werden kann. Dieser hat das Vertrauen in die Erhaltung des Friedens bedeutend gestärkt und dem deutschen Reiche ein Absatzgebiet wieder eröffnet, dessen Mangel es während langer Zeit mit schwerer Einbuße im Verkehr auf allen industriellen Gebieten, besonders aber in der Eisenindustrie, zu ertragen gezwungen war. . . . Im Uebrigen bestehen die meisten Faktoren, aus denen die Krisen entstanden waren, zum Theil immer noch, obgleich da und dort durch eine ruhigere

Betrachtung gemildert und durch entsprechende Vorkehrungen in der Wirkung parirt.“

Der Bericht führt dann aus, daß sich die Maschinenindustrie seit einigen Jahren und vielleicht noch für längere Zeit unter dem Druck einer Art Umgestaltungs-Krisis befindet, die ihr Gedeihen aufhält und große Opfer fordert. „Man denke nur auf 10 bis 15 Jahre zurück: was für Fortschritte hat die technische Wissenschaft in dieser Zeit auf allen Gebieten gemacht; welche Veränderungen haben sich vollzogen in Bezug auf die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit und Betriebsparasamkeit aller Maschinengattungen, in Bezug auf das Verhältniß zu den gewohnten Absatzgebieten, die Arbeitslöhne, die Arbeitszeit, die soziale Geseßgebung und die Konkurrenz und Preise — und man wird sich klar darüber sein, daß der Betrieb und die Rendite einer Maschinenfabrik heute wesentlich andere sein müssen, als ehemals. Die gesteigerten Ansprüche an Leistungsfähigkeit und Betriebsparasamkeit der Maschinen erfordern sorgfältigere Wahl des Materials, Vervollkommnung und präziseste Ausführung der Konstruktionen; die alten Absatzgebiete sind uns durch die hohen Zollschranken verschlossen oder strengt gemacht; die Arbeitszeit ist kürzer, die Löhne sind höher (?) geworden und die soziale Geseßgebung vermehrt in empfindlicher Weise die Betriebskosten.“ Der Produzent, heißt es dann weiter, müsse seine Selbstkosten den veränderten Verhältnissen anpassen, was keine leichte Aufgabe sei; sie bestehe in der Spezialisierung der Produktion, in der Arbeitstheilung nach amerikanischen Muster und in der möglichsten Emanzipation von der Handarbeit und erfordert die äußerste Anspannung aller geistigen und finanziellen Kräfte.

Die Gesamteinfuhr von Maschinen, Maschinenteilen und Eisenkonstruktionen zc. betrug 1893 177,199 Doppelzentner im Werthe von 18,318,386 Franken und die Ausfuhr schweizerischer Maschinen zc. nach dem Auslande 191,033 Mettr. im Werthe von 23,716,120 Frk. Im Jahre 1885 betrug der Import nur 7,766,750 Frk. und der Export 20,691,157 Frk., so daß in den neun Jahren ersterer sich fast verdreifacht, letzterer jedoch nur wenig vermehrt hat. An dem Import partizipirt Deutschland allein mit 13,857,000 Frk. Frankreichs Import ist unter dem Zollkrieg auf 800,000 Frk. herabgesunken; sein früherer Antheil ist an Deutschland übergegangen. In Prozenten ausgedrückt, ist Deutschlands Antheil an der Maschineneinfuhr in die Schweiz von 64,3 Prozent im Jahre 1892 gestiegen auf 71,4 Prozent und Frankreichs Antheil gefallen von 18,1 Prozent im Jahre 1890 auf 6,1 Prozent im Jahre 1893.

Die Ausfuhr an schweizerischen Maschinen nach Deutschland betrug 4,922,000 Franken, nach Frankreich 4,200,000 Frk. Diesig zugenommen hat die Einfuhr von land- und hauswirthschaftlichen

Maschinen, nämlich von 603,942 Frk. im Jahre 1892 auf 1,736,960 Frk. im Jahre 1893; Deutschland partizipirt daran mit 1,507,000 Frk.

„Von den Nähmaschinen“, sagt der Bericht, „die zwar auch mit einem ganz bedeutenden Posten erscheinen (1,800,000 Franken, wovon 957,000 Frk. auf Deutschland entfallen), kann man nicht sagen, daß sie ein Feld für kleinere Werkstätten wären. . . . Nicht daß man in der Schweiz nicht ebenso gut und erheblich billiger herstellen könnte, als sie unseren Konsumenten vom Auslande geliefert werden, aber das Geschäft in dieser Maschinengattung liegt in den Händen weniger großer Gesellschaften, die den direkten Verkehr mit den Konsumenten bis in die kleinsten Ortschaften hinaus nekartig organisiert haben. Es würde schwer halten und sicher große Opfer kosten, diesen Gesellschaften Konkurrenz zu bieten und ihnen den Markt streitig zu machen.“

An anderer Stelle heißt es: „Im Uebrigen aber muß unsere Maschinen-Industrie mit sich zu Rathe gehen, wie sie es fertig bringt, nicht nur qualitativ die ausländische Konkurrenz zu überreffen, sondern auch ihren Preisen die Stange zu halten. Auf den Appell an den Patriotismus verzichten wir lieber gleich — mit diesem macht man doch keine Geschäfte. Der Käufer will heutzutage einen sichtbaren Vortheil haben. Uebersteht er die Vorzüge der Qualität oder ist er nicht kritisch genug, sie zu erkennen, so läßt er sich eben vom Unterschied des Preises verlocken und diesem Umstand muß man auch Rechnung tragen.“ — Da die Schweizer das patriotischste Volk von der Welt sind, so ist das obige nüchterne Urtheil über den Patriotismus von beachtenswerthem Interesse.

Im schweizerischen Export haben einen ganz erheblichen Aufschwung genommen: Dynamo-elektrische Maschinen, Mülereimaschinen und Spinnerei- und Zwirnereimaschinen; diesen folgen Webereimaschinen, Lokomotiven und nach langen Jahren wieder einmal Stichtmaschinen. Für Dynamomaschinen stehen als Hauptabnehmer voran Frankreich und Italien, auch mit Deutschland, Rußland und Spanien wird noch ein bedeutendes Geschäft gemacht. Mülereimaschinen haben ein sehr ausgedehntes Absatzgebiet, vielleicht das ausgedehnteste von allen Spezialitäten; sie finden eben Absatz nicht nur in industriellen, sondern auch in rein landwirthschaftlichen Ländern. Die bedeutendsten Abnehmer sind gewesen Frankreich, Rußland, Deutschland, Großbritannien, Spanien, Italien und Argentinien. In Spinnerei- und Zwirnereimaschinen absorbiren Italien, Deutschland und Oesterreich fast den ganzen Export usw. Aus der Rubrik: Maschinen aller Art, nicht genannte, gingen Lieferungen nach fast allen Ländern der Erde und es ist bezeichnend, daß das überseeische Geschäft die Lücken ausfüllt, die in dem kontinentalen entstanden sind.

Noch vor wenigen Jahren haben unsere vier Grenznachbarn volle Fünftel unseres Exports in diesen Maschinengattungen aufgenommen und hinter den Ziffern derselben figurirte eine verhältnißmäßig nur kleine Reihe Abnehmer mit mehr oder minder belanglosen Beiträgen. Heute sehen wir einen überseeischen Staat (Argentinien) im zweiten Range der Abnehmer, nur noch von Deutschland übertroffen und nach ihm eine stattliche Reihe anderer überseeischer Länder mit erheblichen Beiträgen. Auch Rußland hat sich wieder mit einem größeren Betrage in die Reihe gestellt. Lokomotiven zählen wenige Länder zu ihren regelmäßigen Abnehmern und der Schwerpunkt des ausländischen Absatzes verschiebt sich fast Jahr für Jahr. Letztes Jahr stand Rußland obenan; auch nach Italien, Frankreich, der asiatischen Türkei und Ostasien gingen mehrere Stücke, meistens Spezialtypen.

„Was die Beschäftigung anbelangt, so stehen die Ausichten für das neue Jahr ziemlich günstig. Die Bücher enthalten noch genügend Aufträge vom alten Jahr her und neue gehen in normaler Anzahl ein. Ab und zu stellt sich auch wieder Bedarf für größere Unternehmungen ein und wenn keine neuen Krisen entstehen oder auf andere Art das wirtschaftliche Leben Störung erfährt, so darf man vom angetretenen Jahr einen mäßigen geschäftlichen Aufschwung und mit der Steigerung der Nachfrage nach Maschinen vielleicht sogar etwas lohnendere Preise erwarten. Das letztere wäre sehr zu wünschen und würde in Verbindung mit den gegenwärtig wirklich günstigen Preisen der Rohmaterialien dazu beitragen, daß für den Maschinen-Industriellen bei dem Geschäft nicht nur rastlose Mühe und Arbeit (man!), sondern auch wieder ein feinen Anstrengungen entsprechender Gewinn herauschaut.“

Die aggressive Haltung der Führer hat bei den Metallarbeitern etwas nachgelassen. Vorläufig beschränkt man sich auf platonische Demonstrationen zu Gunsten des Achtstundentages und sucht der Kleinmeisterchaft den Neunstundentag mündgerecht zu machen, bis jetzt zwar ohne nennenswerthen Erfolg. Bevor nicht das Kleingewerbe unter den Hut des Neunstundentages gebracht ist, wird man sich kaum an die Maschinenindustrie und den Fabrikbetrieb überhaupt heranwagen. Ein Ueberfall (welche gewählte Sprache des fabrikantlichen Verfassers!) wäre jetzt wirklich aussichtslos und sicher noch für lange Zeit hinaus; dann noch ist der Zehnstundentag nicht überall verbaut; es ist sogar möglich, daß man manchem Fabrikanten heute einen Gefallen erwiese, wenn man ihn zwingen würde, seinen Betrieb einige Zeit ruhen zu lassen.“

Eine verständliche Sprache gegenüber den Arbeitern sind die letzten Sätze sicherlich nicht; sie sind im Gegentheil eine Verhöhnung und Provokation der Arbeiter und beweisen nur, daß der kapitalistische Uebermuth eine völlig energiearme, servile Arbeiterschaft erst recht mit verdächtiger

Geringschätzung behandeln würde. Das „Gehen“ haben die „Arbeitgeber“, die besitzenden und herrschenden Klassen seit jeher viel besser verstanden, als die ärgst-berühmten Arbeiter-„Gehet“.

Was die übrige Darstellung betrifft, so zeigt sie, daß das Jahr 1893 für die schweizerische Maschinen-Industrie kein schlechtes Geschäftsjahr war und daß das Jahr 1894 noch wesentlich bessere Geschäftsergebnisse liefern wird. Die Darstellung stimmt mit derjenigen überein, die in früheren Nummern dieses Blattes an dieser Stelle von der Geschäftslage der deutschen Maschinenindustrie gegeben wurde.

Eine Statistik der „Tramps“.

Die „Erforschung“ der Lage des arbeitenden oder vagabunden Proletariats ist eine förmliche Modesache geworden. Da geht eine Frau Doktor als „Fabrikarbeiterin“ einige Monate lang in die Bastillen der Industrie, quartiert sich in Weibersälen ein und schreibt dann ein kleines Buch über ihre Erlebnisse, ein Theologe thut das Gleiche zu dem gleichen Zweck, ein anderer begibt sich auf die „Walze“ als „Wagabund“ und unterzieht sich der wie bekannt verteuflert gerling schmelzhaft-hüßlichen Behandlung durch Landjäger, Herbergs-Hausknechte, Polizeibehörden, Suppenanstalten, Arbeitsnachweise und Fabrikportiers. Wir Arbeiter sind ein interessanter Stand geworden — ein Nebenerfolg unserer großen Bewegung. Sind es auch nur dilettantische Experimente, die überdies Manchem affektirt erscheinen mögen, so möchten wir einen gewissen Ernst diesen „Tauscher“-Stücken doch zusprechen, da sich leider thatsächlich die „besseren“ Gesellschaftskreise in einer freilich selbstgewollten grandtosen — theils auch geheuchelten — Unwissenheit über die Nothlage des Volkes befinden, die Garun al Maschids unserer Zeit darauf verzichten, in die Paria-Quartiermusternd hinaufzusteigen, vielmehr allen Nothstand leugnen, und die Bourgeoisie, wenn sie hört, die Arbeiter haben kein Brod, nach wie jene französische Prinzessin des ancien régime antwortet: „So mögen sie doch Kuchen essen“.

Solche nach persönlichem Augenschein und Gefühle wie auch durch Erkundigung angestellte Untersuchungen über die Lebensverhältnisse der Enterbten können also, an der blöden Ignoranz gemessen, wie sie in der Regel dummdreist auftritt, schon als achtungswerth gelten.

Ein Seitenstück zu den oben angeführten praktischen Studien bildet die Statistik, die ein amerikanischer Schriftsteller Mr. S. J. McCook über die „Tramps“, das

sind die amerikanischen Handwerksburschen, aufgenommen hat. Durch die Polizei, Ordnungsbehörden, Geistliche, Beamte, von Wohlthätigkeitsanstalten, Vogelhäuserbesitzer und viele Privatpersonen ließ McCook Formulare verbreiten, die von „Tramps“ ausgefüllt wurden. Auf diese Weise gelang es ihm, die Autobiographien von 1349 in den Ver. Staaten heimath- und obdachlos herumstreichenden arbeitslosen und auch arbeitscheuen Proletariern zu sammeln. Die Untersuchungen McCooks erstrecken sich nicht nur auf die Ver. Staaten, sondern auch auf England, Deutschland und Frankreich. Sie nahmen mehrere Jahre in Anspruch und allein an der Tabellirung des Materials arbeiteten zwei geschickte Statistiker 234 Stunden, während die kondensirte Uebersicht und Erläuterung der Tabellen 20 eingeschriebene Seiten, eingetheilt in je sieben Spalten, umfaßt. Die Formulare enthielten 32 Fragen.

Außer dem selbst gesammelten Material hat McCook Einsicht in die Bücher des Sekretärs der Armenpfleger von Whitechapel, London, gehabt, welcher Eintragungen über 841 Obdachlose im Oktober 1891 machte. Ferner verschaffte er sich eine Statistik über 52,335 Personen, welche von 1880 bis 1890 in den deutschen Arbeiterkolonien untergebracht und dort zur Arbeit angehalten wurden.

Von den 1349 amerikanischen Tramps waren 46 Prozent geschickte Arbeiter, Kaufleute u. s. w. und 41 1/2 Prozent gewöhnliche Tagelöhner. Nur 16 von ihnen erklärten, keinerlei Handwerk gelernt oder jemals irgend welche Arbeit verrichtet zu haben. Im Ganzen wurden 98 verschiedene Beschäftigungsarten angegeben. Fast alle Tramps standen im mittleren Lebensalter; nur 5 Proz. waren unter 20 und nicht 1 Proz. über 70 Jahre alt. Auf die Frage: „Weshalb sind Sie zum Landstreicher geworden?“ antworteten ungefähr 83 Prozent: „Keine Arbeit mehr“ — „Kein Geld mehr“ — „Suchte nach Beschäftigung“. Acht erklärten: „der Arbeit überdrüssig“ gewesen zu sein und ein „leichteres, bequemeres Leben“ gesucht zu haben; sechs gaben zu, sie „lebten die Arbeit nicht“; 25 schrieben ihre Lage dem „Trinken“ zu; einer schrieb: „Whiskey und Faulheit“ und 16 erklärten, sie zögen das Wandern dem Wohnen in der Stadt vor. 2 Proz. sagten, sie hätten niemals gearbeitet; alle anderen waren Willens zu arbeiten, sobald sich dazu Gelegenheit bieten werde.

Nur ungefähr 10 Prozent der amerikanischen Tramps konnten weder lesen noch schreiben und der Artikel, für welchen die übrigen 90 Proz. das meiste Geld

ausgeben, waren Bettungen! Auch an „Eigentum“ hatte die Mehrzahl außer ihrer zerlumpten Kleidung größtentheils nur eine Bettung bei sich.

Die Tramps schlafen, wo immer sie können: 97 in Eisenbahnwagen, Scheunen, Schiffen, Fabriken, Water-Closets (!) und im Freien, ungefähr 25 Proz. übernachten von Zeit zu Zeit in Polizeistationen, Wohlthätigkeits-Anstalten, „Hotels“ und Logirhäusern, Maschinenhäusern, Gefängnissen, Holzhöfen, Ställen, Heilmeekeasernen, Bahnhöfen, Kirchen und Schulen.

Von den 1314, welche auf die Frage, ob sie dem Trunt ergeben seien, antworteten, behaupteten 80, Temperenzler zu sein und 459, daß sie nur mäßig tranken. Die übrigen gaben zu, daß sie so oft und so viel tranken wie sie bekommen können; 825 erklärten, sie seien gewohnheitsmäßige Trunkenbolde. McCook glaubt hieraus schließen zu können, daß eine der Hauptursachen der Landstreicherei die Unmäßigkeit sei. Durch Streiks sind nur ausnahmsweise Arbeiter zu Tramps geworden.

McCook rechnet aus, daß 1891 ungefähr 46,000 Tramps in den Vereinigten Staaten waren, von denen über 90 Proz. unter 50 Jahren, fast sämmtlich arbeitsfähig und gesund. Ihr Unterhalt, billig gerechnet, kostet 3,50 Doll. pro Woche für jeden oder insgesammt ungefähr 8,000,000 Doll. pro Jahr. Die Verhaftungen von Tramps und die nachfolgenden Gerichtsverhandlungen kosten das amerikanische Volk nach McCooks Berechnung 9,169,000 Doll. pro Jahr!

Weber die Polizei, noch die Verwalter von Wohlthätigkeitsanstalten noch Geistliche geben sich irgendwelche Mühe, für Tramps Arbeit zu finden, denn nur fünf solcher Leute erklärten, derartige Versuche gemacht zu haben und von 22,868 „Wagabunden“, welche in den deutschen Arbeiterkolonien untergebracht waren, wurde für kaum den vierten Theil beständige Arbeit gefunden. Die deutschen Behörden geben überhaupt zu, daß durch diese Kolonien dem Wagabundenwesen kein merklicher Abbruch gethan wird, worüber man sich nicht besonders zu wundern braucht, wenn man ihren wenig anmuthenden Charakter in Betracht zieht.

In 19 Staaten von Nordamerika gibt es sogenannte Trampsgesetze. Das erste derselben wurde 1876 in New Jersey erlassen. Oregon schaffte sein Trampsgesetz 1889 wieder ab. Minnesota kennt nur „wagabundirende Kinder“ und überläßt es den Municipalbehörden, lokale Bestimmungen gegen Tramps zu erlassen, während in West Virginia nur das Betteln verboten ist, aber „Tramps“

kennt das Gesetz jenes Staates nicht. Manche dieser Gesetze wurden wirkungslos, sobald die Belohnung für die Verhaftung von Tramps abgeschafft wurde. Wo sie bestehen bleiben, gingen die Beamten von angrenzenden Staaten miteinander Hand in Hand. Die einen trieben den anderen die Tramps zu und die Konstabler des Staates, der keine Belohnung mehr zahlte, theilten mit denjenigen, wo die Belohnung noch bestand. Manche Trampsgesetze enthalten die brutalsten Bestimmungen. In zwei Südstaaten werden die Tramps zur Arbeit an den Meistbietenden versteigert und man sieht dort dieselben Szenen wie auf den Sklavenmärkten vor dem Rebellenkrieg.

McCooks Ermittlungen werfen manch charakteristisches Streiflicht auf das Wesen der wandernden Proletarier. „Keine Arbeit“ trieb mehr als vier Fünftel von ihnen auf die Landstraße — aber in den Augen der sie verfolgenden Gewalten und sie abweisenden Pharisäer sind und bleiben sie „arbeitscheu“, was doch nur auf ganz wenige von ihnen zutrifft. Wie Ausgestoßene, was sie ja eigentlich mindestens vorübergehend sind, übernachten sie an allen möglichen und unmöglichen Plätzen, die einigermaßen Deckung bieten. Selber fehlt in unserer Quelle das wichtige Kapitel der Ernährung; es würde sich an Fragwürdigkeiten den Logisgelegenheiten der Armen ebenbürtig an die Seite stellen. Wenn McCook das Eingeständniß von 825 der Befragten, daß sie Trunkenbolde seien, als Hauptursache der Landstreicherei betrachtet, so verwechselt er eben die Wirkung mit der Ursache. Die wenigen Behauptungen eines solchen armen Teufels gestatten ihm zumeist keinen Gänsebraten oder auch nur eine simple Würstportion, sie reichen außer für den Ankauf eines Stück Brodes gemeinhin nur noch für einen „Schluck“. Und so wird wie man das Bier als das flüssige Brod des Bayern bezeichnet, vielen armen Reisenden allmählig der Fusel zu dem gewöhnlichen Nahrungs- und Genußmittel, vom Morgen an, wo er ihn der Wohlfeilheit wegen statt des theuereren Kaffees einnimmt, bis des Abends, wo er in der Herberge auf das Nachtlager wartend keine 10 oder 15 J für ein Glas Bier anwenden kann.

Alle weiteren Betrachtungen über die Ergebnisse der „Tramps“-Statistik seien unseren Lesern überlassen. Nur noch zu bemerken wäre, daß Amerika als ein glückliches Land in Bezug auf die in Rede stehende „Landplage“ erscheinen muß, wenn die Schätzung aller Tramps auf 46,000 der Wirklichkeit nahe kommt. Allerdings ist das Reisen in Amerika keine solch „berechtigzte“, althergebrachte

Wie leben die Arbeiter?

Diese Frage ist scheinbar sehr leicht zu beantworten: Schlecht! In Wirklichkeit ist damit nichts bewiesen. Es ist damit nur ausgesprochen, daß im Bewußtsein der Arbeiterklasse eine aus gesteigerten Kulturbedürfnissen entstehende Empfindung ihrer kulturwidrigen Lebenshaltung vorhanden ist. Warum und vor Allem wie der Arbeiter schlecht lebt, dies zu beweisen ist Aufgabe der Statistik und Volkswirtschaft, soweit sie nicht im Dienste kapitalistischer Sonderinteressen steht. An wissenschaftlich und volkswirtschaftlich gewichtigen Beweisen für die schlechte Lebenshaltung des Volkes fehlt es leider noch überall, zumeist aber in Deutschland, wo für derartige Dinge weder Geld noch Verständnis vorhanden ist; vielleicht scheut man sich auch, den Schleier von dem sozialen Elend des Volkes hinwegzuziehen, ebenso wie Wohlhabende den Publikum zerpumpter Bettler zu vermeiden suchen.

Was an Haushaltungsbudgets in Deutschland vorhanden ist, beschränkt sich, abgesehen von den außer Betracht kommenden schönjüngerischen, auf kapitalistische

Bestellung hin fabrizirten Arbeiten, auf Einzelbarstellungen, die weder ein zuverlässiges Durchschnittsbild, noch einen Typus der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen liefern. Und doch sind zuverlässige und systematisch geführte Haushaltungsbudgets das wichtigste Hilfsmittel für die Lohnstatistik. Erst wenn die Unterkonsumtion der Arbeiter an nothwendigen Lebens- sowie an Kulturbedürfnissen bewiesen ist, erst dann kann die soziale Misere in ihrer Totalität klar erkannt werden. Durch nichts kann das Schwanken der Lebensmittelpreise, die Differenz zwischen diesen und der Lohnhöhe, der Einfluß von indirekten Steuern, Zöllen u. s. auf die Lebenshaltung klarer zur Anschauung kommen als durch ein einfaches praktisches und doch wissenschaftlich brauchbares Schema, in welches Einnahmen und Ausgaben einer Familie regelmäßig eingetragen werden.

Das Material zu einer zuverlässigen Statistik der Lebenshaltung kann, bei der Sterilität unserer staatsmännischen Quack-älber nur von unten, vom Volke selbst geliefert werden. Daß dies bisher nicht in wünschenswerthem Maße geschehen ist,

mag nicht allein aus der mangelnden Erkenntniß der Wichtigkeit von Haushaltungsbudgets entsprungen, sondern auch auf das Fehlen eines brauchbaren Schemas zurückzuführen sein. Ein solches finden wir in den soeben erschienenen M. Reinhard'schen Hauswirtschaftsbüchern*). Dieselben sind in jeder Hinsicht geeignet, statistisches Rohmaterial über den Konsum des Volkes herbeizuschaffen, vorausgesetzt, daß sie die wünschenswerthe Verbreitung und Benützung finden. Insbesondere möge unsern Gewerkschaften empfohlen sein, ihre Mitglieder auf die Benützung dieser Bücher aufmerksam zu machen. Ihre Anwendung ist von Jedermann in wenigen Minuten zu erlernen, und es ist höchstens ein Zeitaufwand von 10 Minuten täglich erforderlich, um alle Eintragungen genau bewirken zu können. Das Grundprinzip dieser Bücher ist: das Budget einer Haushaltung wird in zwei Theile getrennt, in ein Hauptbuch des Mannes und ein Haushaltungsbuch der Frau. In ersterem

*) Zu beziehen durch die Expedition der „Münchener Post“, zwei Bände, elegant gebunden 2 M.

sind alle Einnahmen und die Ausgaben zu notiren, die in der Regel vom Manne astritten werden, wie Kleidung, Miete, Schulgeld u. s. w. In das Haushaltungsbuch werden alle Ausgaben für Ernährung u. s. w. eingetragen. Diese Haushaltungsausgaben sind in 15 Rubriken nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten zerlegt, so daß durch gewissenhafte Ausfüllung des Schemas — eine ganz mechanische Arbeit — ein klares Bild über den Nährwerth der Nahrungsmittel, die Familien resp. bestimmte Arbeiterkategorien konsumiren, entsteht. Vor uns liegt ein derartiges, ein Jahr lang von einem sogenannten „besseren“ Arbeiter nach dem System des Reinhard'schen Haushaltungsbuches, geführtes Budget. Das Einkommen dieses Mannes betrug 1775 M., also über 5 M. täglich. Die Familie besteht aus drei Erwachsenen, Mann, Frau und Schwiegermutter, sowie zwei Kindern, entspricht also dem statistischen Durchschnitt einer Familie. Aus dem vom Manne geführten Hauptbuch ergibt sich ein abgerundetes Bild der Lebenshaltung einer solchen Familie. M. 932,60 erhält die Frau für den Haushalt,

Einrichtung wie hierzulande. Aber alle Vergleiche hören auf, wenn man bedenkt, daß die Zahl der deutschen Handwerksburschen auf 2 1/2 Millionen täglich berechnet wird (Pastor Dr. Koch in Leipzig, Vorsitzender des Vereins für innere Mission bei Einweihung einer Herberge zur Heimath). Welche Fälle brachliegender junger, blühender Arbeitskraft, die anstatt sich nützlich zu machen, hungern muß und „fechten“! Auch ein Abriß aus unserer herrlichen Wirtschafts„ordnung“. Wieviel mag mir bei uns zu Laube das Verfolgen, „Verschütt“ machen und Prozeßiren dieser meistens kreuzbraven Menschen die Steuerzahler kosten?“

„Corresp.“

Fixirung der Arbeitsbedingungen durch Lohnzettel.

In Deutschland macht man schon seit Jahren in der „sozialen Reform“, und je weiter man darin macht und je mehr die reformatorischen Schöpfungen praktisch angewendet werden, um so mehr stellt sich die Unzulänglichkeit derselben heraus. Warum das so ist, erklärte schon früher ein Univeritätsprofessor, S. Platter, im „Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik“ Band I. Dort steht zu lesen: „Fast alle Staatsmänner und die meisten Gelehrten gehen in allen Angelegenheiten, welche die Interessen der oberen Klassen betreffen, von der Frage aus: Was wünschen diese oberen Klassen, die Grundbesitzer, die Fabrikanten, die Kaufleute usw.? Handelt es sich dagegen um die Interessen der unteren Klassen, so werden deren Wünsche, auch wenn sie noch so offen und deutlich ausgesprochen vorliegen, entweder gänzlich ignoriert, oder man geht mit einigen kritischen Bemerkungen über dieselben hinweg zu der Frage: Was frommt diesen armen Leuten nach unserer Meinung? Was wünschen wir von unserem Standpunkte aus für Veränderungen oder Verbesserungen in ihrer Lage herbeizuführen?“

Die maßgebenden Kreise in Deutschland sind auch nicht anders vorgegangen; den Arbeitern sind „Wohlthaten“ ertheilt worden, die einen merklichen Einfluß auf ihre Lage kaum haben. Man hat die Maßnahmen „Sozialreform“ genannt, ihnen also einen Namen gegeben, unter dem die Arbeiter auch ganz etwas Anderes verstehen. Denn wir meinen, nur solche Maßnahmen, die die Kampfstellung, die Kampfweise und die daraus sich ergebenden Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit berühren und verändern, verdienen den Namen Sozialreform. Unter diesem Ge-

sichtswinkel die deutsche „Sozialreform“ betrachtet, verdient sie nur insofern ihren Namen, als durch dieselbe die Kampfstellung der Unternehmer gestärkt worden ist; dies trifft besonders bei der Unfallversicherung zu. Für die Arbeiter bildet diese Sozialreform im besten Falle nur die barmherzige Schwester, die den einzelnen zum Krüppel geschossenen Soldaten die Wunden verbindet. Die deutsche Sozialreform befaßt sich nur mit den Erzeugnissen der sozialen Uebel, diesen selbst geht sie aber nicht zu Leibe.

Ganz abgesehen von den verschiedenen Versicherungseinrichtungen, die geschaffen worden sind, auch die weiteren Einrichtungen ändern an den bestehenden sozialen Uebeln nichts! Ganz gewiß, die letzten „sozialen Reformen“ sind mit noch größerem Pomp als Versöhnungswert angepriesen worden als die Versicherungseinrichtungen, indessen kann unser Urtheil davon nicht beeinflusst werden. Die Thatsachen, die dann zu Tage treten, wenn eine solche Schöpfung in Wirksamkeit tritt, reden eine zu deutliche Sprache gegen die Lohndrücker.

Die Gewerbegerichte Wer hat diese nicht loben und preisen hören? Ganz besonders laut wurden diese gelobt und gepriesen, bevor der diesbezügliche Gesetzentwurf erschienen, aber „Schlechtsgerichte“ angekündigt worden waren. Das Gesetz selbst wirkte wie ein Rastwasserstrahl und die Thätigkeit der Gerichte ist nicht im Stande, Ordnung in das Chaos zu bringen, dem das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter gleicht. Die Klagesachen, die vor diese Gerichte gebracht werden, sind im Zunehmen begriffen, trotzdem die Gerichte früher als „Versöhnungsanstalten“ angepriesen wurden.

Wir wollen damit nicht etwa sagen, daß diese Institute überflüssig oder gar zum Schaden wären, nein, aber wir wollen hieran zeigen, daß das soziale Leben wieder nicht auf der richtigen Stelle „reformirt“ worden ist. Die Aufgabe der Sozialreform wäre zunächst die gewesen, Einrichtungen zu treffen, die diese Klagesachen erst gar nicht entstehen lassen. Derartige Einrichtungen haben die Arbeiter in erster Linie verlangt. Weil man diesem Verlangen aber nicht nachkam, kann es nicht Wunder nehmen, wenn heute die Gewerbegerichte selbst, allerdings in ihrer eigenen Art, solche Einrichtungen anstreben. Wir werden aber gleich sehen, daß Verkehrtes fortwährend Verkehrtes erzeugt.

In den „Mittheilungen des Verbandes deutscher Gewerbegerichte Nr. 18“ finden wir aus Düsseldorf folgenden Bericht:

Die überaus große Anzahl von Klagen, Verbrauch an Fleisch, Fetten, Milch und Eiern in die Augen. Dies erklärt sich zum Theil aus den Lebensgewohnheiten der Familie, deren Mitglieder weniger auf die Quantität als die Qualität der Nahrungsmittel sehen, sodann durch 2 Kinder im Alter von 2 resp. 4 Jahren, deren Hauptnahrung aus Milch besteht. Im Uebrigen lebt die Familie in sehr bescheidenen Verhältnissen, wie schon aus den „August“ausgaben für Kleidung und Bildung hervorgeht. Trotzdem nun diese Familie zu den beneidenswerthen gehört — denn wie viel Arbeiter verdienen — denn bei dem Heranwachsen der Kinder oder einer Vermehrung des Familienstandes sofort ein Defizit in der Lebenshaltung entstehen muß, welches entweder durch eine Mehreinnahme des Mannes oder der Frau oder durch eine Verschlechterung der Lebensweise gedeckt werden müßte. Wie sich letztere dann vollzieht, würde sich bei Fortführung des Haushaltsbudgets klar ergeben.

Bedenkt man, welches wertvolle Material geschaffen werden könnte, wenn die Benützung von Reinhardt'schen Haus-

welche im Rechnungsjahre 1893/94 das königliche Gewerbegericht zu Düsseldorf beschäftigte — ca. 1800 gegen ca. 1000 in 1892/93 —, hat dem Vorstehenden desselben Veranlassung gegeben, zu untersuchen, welchen Ursachen die erhebliche Vermehrung der Klagen gegen das Vorjahr, und weit mehr noch gegen die vorangegangenen Jahre zuzuschreiben ist. Der Vorsitzende hat in Folge hiervon den Ausschuß zusammenberufen, um in Gemeinschaft mit ihm der Frage näher zu treten, wie dieser bedauerlichen Erscheinung am wirksamsten begegnet werden könne und zu diesem Zwecke in erster Linie die

„Einführung von Arbeitszetteln bezgl. Vorschriften über das Arbeitsverhältnis in Betrieben, welche weniger als 20 Arbeiter beschäftigen“, der Berathung des Ausschusses unterbreitet. Die Mitglieder desselben haben diesen Antrag eingehend geprüft und auf Grund der im gewerbegerichtlichen Verfahren gewonnenen Erfahrungen einstimmig beschlossen, der königlichen Regierung folgende Resolution zugehen zu lassen:

„Der Ausschuß des königlichen Gewerbegerichts hieselbst erblickt in dem Umstande, daß eine Regelung des Arbeitsverhältnisses zwischen ca. 4500 Arbeitgebern und ca. 15,000 Arbeitern der der Gerichtsbarkeit des hiesigen königlichen Gewerbegerichts unterstellten gewerblichen Betriebe nicht festgelegt zu werden braucht, einen wesentlichen Mangel, führt die erhebliche Anzahl Klagen aus diesen Betrieben hierauf und auf die Unkenntniß der Meldegewerbeordnung zurück und beauftragt seinen Vorsitzenden, bei der königlichen Regierung das Ersuchen zu stellen, durch geeignete erscheinende Schritte die Einführung von Arbeitszetteln für genannte Betriebe zu unterstützen.“

Der Wortlaut eines solchen Arbeitszettels, die in großem Format hergestellt sind und auf der Rückseite die §§ 122 bis 125 und 113 G.-O. enthalten, ist der folgende:

Arbeitszettel zwischen dem

Arbeitgeber: und dem (Stand, Vor- u. Name)
Arbeitnehmer: (Stand, Vor- u. Name)
Es wurde vereinbart:
Dienstanktritt:
Bohnsag:
Bohnzahlung:
Arbeitszeit:
Gegenseitige Kündigungsfrist:
Bemerkungen:
Jedem der Unterzeichneten wurde ein Exemplar behändigt.
Düsseldorf, den
Der Arbeitgeber: Der Arbeitnehmer:

wirtschaftsbüchern eine allgemeinere Würde, wie sich dann die Löhne verschiedener Branchen vergleichen und sich dann eine annähernde Schätzung der Bedürfnisse einer Arbeiterklasse, ja schließlich eines ganzen Staates vornehmen ließe, so kann aus allen diesen Gründen die Anschaffung und gewissenhafte Benützung dieser Bücher nur empfohlen werden. Dieselben liefern ein brauchbares Rohmaterial, dessen wissenschaftliche Verwendung dem Interesse des arbeitenden Volkes dient und die Ausgabe von 2 M jährlich macht sich reichlich bezahlt durch die Vorteile, welche eine rationelle Haushaltungsbuchung an sich selbst bietet, ganz abgesehen von dem Dienste, der damit der Allgemeinheit geleistet wird. So wie die Staaten ihre Budgets jährlich feststellen, so sollte der Arbeiter, der es vermag, seine Lebenshaltung feststellen; er verrichtet damit einen Theil statistischer und volkswirtschaftlicher Kleinarbeit und trägt dazu bei, den Schleier bürgerlicher und kapitalistischer Regierungen von dem sozialen Elend des Volkes hinwegzuziehen.

Nota g.
(Hier ist jede Aenderung des Arbeitszettels einzutragen und zu unterschreiben.)

Düsseldorf, den
Der Arbeitgeber: Der Arbeitnehmer:

Es ist zu begreifen, daß ein Gewerbegerichtsvorsitzender und schließlich auch ein Gewerbegerichtsausschuß zu der Annahme gelangt, daß durch solche „Arbeitszettel“ das Arbeitsverhältnis „geregelt“ werden könne. Wohlverstanden, geregelt im juristischen Sinne! Durch Einführung solcher Zettel wird tatsächlich erreicht, daß die Klagesachen an Zahl abnehmen, das Gewerbegericht wird der gewiß nicht leichten Mühe überhoben werden, nach dem Arbeitsvertrag zu forschen, der zwischen den klagenden Parteien bestand; dieser „Arbeitsvertrag“ liegt dann immer schwarz auf weiß vor; die Rechtsprechung ist dann erleichtert. Ob die Lage der Arbeiter von solchen Maßnahmen betroffen wird, darnach fragt weder der Gewerbegerichtsvorsitzende noch der Gewerbegerichtsausschuß, der diese Arbeitszettel vorschlug. Und bei einigem Nachdenken müßten doch auch diese Leute herausfinden, daß diese „Arbeitszettel“, dem Sinne nach, in der Regel folgende Ausfertigung aufweisen werden:

Arbeitszettel zwischen dem Arbeitgeber: Fretsch u. Ausbeuterich und dem Arbeitnehmer: Ablasser Arthur Glendsmann.
Es wurde vereinbart:
Dienstanktritt: 6. September.
Bohnsag: Nach Belieben der Herren Fretsch u. Ausbeuterich.
Bohnzahlung: Nach Belieben der Herren Fretsch u. Ausbeuterich.
Arbeitszeit: Gewöhnlich pro Tag 12 Stunden, auf Verlangen der Herren Fretsch u. Ausbeuterich bis zu einem Dugend Stunden pro Tag mehr.
Gegenseitige Kündigungsfrist: Besteht nicht.
Bemerkungen: Der Bohnsag, die Bohnzahlung und die Arbeitszeit können von den Herren Fretsch u. Ausbeuterich willkürlich verändert werden.
Jedem der Unterzeichneten wurde ein Exemplar behändigt.
Unrechtshausen, den 6. Sept. 1894.
Der Arbeitgeber: Der Arbeitnehmer: Fretsch u. Ausbeuterich. Arthur Glendsmann.

Nota g.

1. Im Falle der Arbeitnehmer bohnloster hier verweigert, wird er mit 8 M Bohnabzug bestraft.
2. Im Falle der Arbeiter für Streikende sammelt oder von Organisation spricht, wird er ebenfalls mit 8 M Bohnabzug bestraft.
3. Die Strafgeelder kommen von Zeit zu Zeit, gewöhnlich bei der Sedanfeier, unter diejenigen meiner Arbeiter zur Vertheilung, die Abends die patriotischen Feste besuchen.
Unrechtshausen, den 30. April 1895.
Der Arbeitgeber: Der Arbeitnehmer: Fretsch u. Ausbeuterich. Arthur Glendsmann.
Es ist eine altbekannte Thatsache, daß die Unternehmer stets bestrebt sind, die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf das gesetzlich zulässige Niveau herabzubringen; oft genug kehren sie sich nicht einmal an diese Grenze. Die Arbeiter dahingegen sind oft genug in der Lage, zu allen Bedingungen Arbeit annehmen zu müssen; nicht selten kommt es sogar vor, daß Arbeitern Bedingungen gestellt werden, die gesetzlich unzulässig sind. Der Arbeiter weiß das in vielen Fällen und trotzdem nimmt er die mit diesen Bedingungen angebotene Arbeit auf; die Noth zwingt ihn dazu. An diesem traurigen Verhältnisse ändert der Arbeitszettel absolut gar nichts, sondern derselbe bewirkt nur, daß in jedem Falle dieses erbärmliche Arbeitsverhältnis als tatsächlich vereinbart angesehen wird. Aus der ganzen Einrichtung können nur die Unternehmer, aber niemals die Arbeiter Vortheil ziehen. Es will auch so scheinen, als wäre sich der Düsseldorf'er Gewerbegerichtsvorsitzende dieses Umstandes bewußt gewesen, denn er wendet sich in der Publikation an „die Innungen und ähnliche Verbände, damit diese auf die Vortheile der Benützung solcher Arbeitszettel aufmerksam machen.“
Wäre dieses aber auch nicht der Fall, so sehen wir doch, daß die deutsche Sozialreform tatsächlich einen ganz

M 68,30 wurden für Kleidungsstücke, M 16,60 für Möbel zc., M 106,21 für Heizung und Licht, M 23 für Arzt und Apotheke, M 15 für Bildung und Lektüre, M 54,99 für Steuern und Versicherungsweisen, M 44,50 für Tabak und Zigarren, M 148,14 für Verschiedenes, Taschengeld, Vergünstigungen zc. ausgegeben, in Summa M 1769,34, so daß ein Ueberschuß von M 6,34 am Schlusse des Jahres verblieb. Aus dem Haushaltungsbuch der Frau ersieht wir, wie sich die Familie ernährte. Es wurden ausgegeben für Brod M 109,34, Fleisch und Fische M 170,46, Butter und Fette M 78,40, Milch M 123,42, Käse M 2,40, Eier M 88,05, Mehle, Ortes, Haser zc. M 56,81, Zucker M 25,66, Obst M 7,93, Säulenfrüchte M 4,45, frische Gemüse M 50,17, Getränke, kalte und warme, M 123,27, verschiedene Lebensmittel M 48,78, kleine Ausgaben der Wirtschaft M 46,46, in Summa M 932,60. Für Kartoffeln wurde nichts ausgegeben, weil solche von Verwandten in größerer Quantität geschenkt wurden.
An diesem Budget eines besser situirten Arbeiters fällt vor Allem der hohe

falschen Weg wandelt, ja wandeln muß, weil dieselbe von einer ganz verkehrten Grundlage ausgeht. Das Mißverhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter wird durch die „soziale Reform“ immer ungeschwerlicher; die Klassengegensätze treten immer deutlicher hervor. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, bedauern wir die bisherige „Sozialreform“ so wenig, wie wir die Einführung solcher Arbeitszettel auch nicht bedauern würden. Denn es steht fest, daß durch solche Einrichtung die Arbeiter mit der Nase darauf gestoßen würden, daß sie sich organisieren müssen, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erhalten; daß sie endlich mit der ganzen bürgerlichen Gesellschaftsordnung aufräumen müssen, weil diese unaufhörliche Klassenkämpfe bedingt. Wir können wohl sagen, unsere Freunde, die Feinde, arbeiten trotz alledem rüstig für uns!

Ein reichsgesetzlich sanktionirtes und landespolizeilich vergewaltigtes Arbeiterrecht.

Vor nunmehr siebenzig Jahren — im September 1824 — gab England das erste Beispiel der Befreiung der Arbeiter von dem Koalitionsverbot. Das Parlament gelangte auf Grund eines Berichtes der von ihm zur Untersuchung der Streiks und Trades Unions eingesetzten Kommission zu der Ueberzeugung:

- 1) daß die gegen die Arbeitervereinigungen bislang erlassenen Verbote gänzlich nutzlos gewesen seien; daß dieselben jene großartigen Verbindungen nicht zu hindern im Stande gewesen seien; daß sie es nicht vermocht haben, den Bestrebungen dieser Vereine: Erhöhung der Arbeitslöhne, Verminderung der Arbeitszeit u. a. ein Ziel zu setzen;
2) daß die Koalitionsverbote im Vergleich mit der dem Kapital eingeräumten vollen Freiheit höchst ungerecht und deshalb entsprechend dem Antrage des Parlamentsmitglied Joseph Hume durch ein besonderes Gesetz unbedingt und in vollem Umfange aufzuheben seien.

Seit diesem legislatorischen Akte sozial-politische Gerechtigkeit erkennen die englischen Arbeiter sich des uneingeschränkten Genusses der Koalitionsfreiheit. Oft genug haben sie von derselben gegenüber dem Kapitalismus im ausgehefteten und schärfsten Maße Gebrauch gemacht. Aber weder der mit dem Kapitalismus verbündeten Regierung noch den herrschenden und im Parlament maßgebenden Parteien ist es im Verlaufe der siebenzig Jahre jemals eingefallen, diese Freiheit anzufassen, und Polizei und Justiz haben nicht die Hand dazu geboten, dem Koalitionsrechte der Arbeiter durch brutale Willkür und durch spießbüdige parteiische Auslegung des Gesetzes im Interesse des Unternehmertums Abbruch zu thun.

In Deutschland dauerte es noch vierzig Jahre länger, bis man an „maßgebender Stelle“ durch das Drängen der Arbeiter und die wirtschaftlichen Verhältnisse veranlaßt wurde, sich mit der Frage des Koalitionsrechtes zu beschäftigen. Der Verein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer wurde im Jahre 1864 beim preussischen Staatsministerium dahin vorstellig: „in Erwägung: 1) daß erfahrungsmäßig der Arbeitslohn mit den steigenden Preisen der Lebensbedürfnisse nicht Schritt hält;

2) daß das wirtschaftliche Gesetz von Angebot und Nachfrage den Arbeiter der Waare gleichstellt und ihn in seinen Konsequenzen unter Umständen nicht einmal das zur notwendigsten Lebenserhaltung erforderliche Minimum von Lohn sichert;

3) daß der einzelne Arbeiter faktisch außer Stande ist, eine, wenn auch noch so notwendige und gerechtfertigte Erhöhung des Arbeitslohnes herbeizuführen, und daher das Recht der Koalition im Interesse einer annäherungsweise Ausgleichung des Uebergewichts des Unternehmers über den unbedeutenden Arbeiter als eine Forderung der Gerechtigkeit und Billigkeit erscheint.

Ein Hohes Königlich Staatsministerium wolle im Wege der Gesetzgebung die der freien Vereinigung der Arbeiter entgegenstehenden und die Möglichkeit der Mitbestimmung der Arbeitslöhne durch die Arbeiter ausschließenden Bestimmungen der Gewerbeordnung von 1845 (§§ 182, 183, 184) aufheben.“

Andere Arbeitergruppen machten ähnliche Vorstellungen. Die preussische Regierung verscherte zunächst die Bekanten ihrer „wärmsten Sympathie“ und legte dann im Jahre 1866 dem Landtage einen Gesetzentwurf vor, wonach alle die Verabredung von Arbeitsstellen betreffenden Ver-

tragsbestimmungen der Allgemeinen Gewerbeordnung vom 17. Januar 1816 aufgehoben wurden. Weiter bestimmte der Gesetzentwurf in seinem § 1: „Verabredungen unter Gewerbetreibenden, welche darauf gerichtet sind, ihre Gesellen, Gehilfen oder Arbeiter zu gewissen Handlungen oder Zuständen dadurch zu bestimmen, daß sie die Arbeit einstellen, oder die ihren Anforderungen nicht nachgebenden Gesellen, Gehilfen oder Arbeiter entlassen oder zurückweisen, desgleichen Verabredungen unter Gesellen, Gehilfen oder Arbeitern, welche darauf gerichtet sind, Gewerbetreibende zu gewissen Handlungen oder Zuständen zu bestimmen, daß sie die Arbeit einstellen oder verweigern, sind für die Theilnehmer rechtlich unverbindlich.“

Durch die alsbald erfolgende Gründung des Norddeutschen Bundes wurde die Erledigung dieses Gesetzentwurfes im preussischen Landtage veretelt. Aber bereits in der ersten Session des Reichstages dieses Bundes (1867) brachten die fortschrittlichen Abgeordneten Schulze, Deligisch und Dr. Becker-Dortmund einen die Freigabe des Koalitionsrechtes betreffenden Antrag ein, welcher im § 1 forderte:

„Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Arbeitgeber und Arbeiter sämmtlicher Gewerkszweige — einschließlich der Landwirtschaft, des Berg- und Hüttenbetriebes, der Stromschiffahrt, des Gelfinde- und Tagelohndienstes — wegen Verabredung und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere vielleicht Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter, werden aufgehoben.“

In den Motiven zu diesem Gesetzentwurf ist u. A. gesagt:

„Die Aufgabe des vorliegenden Gesetzentwurfes: Aufhebung von Beschränkungen der freien Verwertung der Arbeitskraft und Herstellung völliger Rechtsgleichheit zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern, sowie zwischen ihnen und den übrigen Staatsbürgern in Bezug auf Arbeitsverhältnisse, — ist vollkommen spruchreif, wie das von der preussischen Regierung im vorigen Jahre dem Landtage vorgelegte Spezialgesetz beweist. Zudem hat der Gegenstand außer der volkswirtschaftlichen noch eine vorwiegend politische Seite.“

In letzterer Hinsicht äußerte sich in der Reichstags-Sitzung vom 19. Oktober 1867 der Mitanttragsteller Dr. Becker dahin: Die gesetzliche Feststellung des Koalitionsrechtes sei auch deshalb nöthig, „damit das allgemeine Wahlrecht zu seiner wahren Geltung komme und seine unerfälschte Wirkung äußere.“ Weiter sagt derselbe Redner:

„Unser Antrag bezweckt auf der einen Seite eine Ausgleichung, eine Befreiung von Rechtsverhältnissen, und auf der anderen Seite, bei den Arbeitern, eine Hebung des staatsbürgerlichen Bewußtseins; unser Antrag will eine Ursache der Verbitterung beseitigen, die in einem künstlichen, durch die positive Gesetzgebung geschaffenen Klassengegensatz wurzelt.“

Der Abg. Dr. Waldeck erklärte in derselben Sitzung: „Das Kapital hat vollkommen Freiheit erlangt, wir sehen, daß es sich ausdehnt, wir sehen die große Ausdehnung der Industrie, den Reichthum, den sie schafft. — Wenn aber das Kapital die Freiheit haben soll und muß, so muß vor allen Dingen die ganz gewöhnliche Freiheit des Menschen, die Freiheit des Bürgers, die die Verfassung garantiert, doch mindestens dem viel schlimmer gestellten Arbeiter werden, und darum allein handelt es sich in diesen Vorschlägen, die wir Ihnen gemacht haben. — Die Koalitionsverbote stehen in der That ganz und gar auf dem Standpunkte der Sklaverei, denn was der Herr gegen den Sklaven thut, das macht sich hier der Reiche gegen den Arbeiter an, und daß er es thut, das ist eben das Recht des Stärkeren. Die Koalitionsverbote sind ein grober Mißbrauch des Stärkeren.“

In demselben Sinne äußert sich der Abgeordnete Dr. Löwe: „Die Koalitionsfreiheit, die wirtschaftliche Freiheit ist das heiligste und höchste Recht des Menschen, das Recht, das Jeder mit seinen Kräften anfangen könne, was er will, sobald er keinem Sittengesetze in seinen Handlungen widerspricht.“

Und Schulze-Deligisch mahnte: „Wenn man den Arbeitern sagt: es ist erlaubt, du darfst deinen Arbeitsvertrag kündigen, du kannst einen hohen Lohn fordern, wird er dir nicht gewährt, so suchst du ein anderes Unterkommen; wenn man dann aber hinzusetzt: das darfst du allein, aber jowohl du dich mit Anderen zu diesem Zwecke zusammen thust, so ist es un erlaubt, was wird man damit erreichen? Dann stellt sich die Gesetzgebung grade jenen natürlichen Rechten gegenüber, die tief in Aller Brust eingewurzelt sind, auf einen Standpunkt, wo sie den allein gesunden Boden, auf dem die Staatsgesellschaft gedeihen kann, verläßt, wo sie das Rechtsbewußtsein schädigt, das Gemeingefühl, namentlich der gedrückten Klassen,

das nach Recht und Gesetz der Spielraum für sie und die besser gestellten Klassen gleich bemessen sei. Damit werden Sie die Gesellschaft an ihrer Wurzel schädigen und Sie werden Verbrechen künstlich schaffen.“

Namens der Regierung erklärte dann der Präsident des Bundeskanzleramtes, Delbrück, daß auch er von der Nothwendigkeit der Aufhebung der Koalitionsverbote überzeugt sei; die Zeit der Beschränkungen des Koalitionsrechtes sei „ein für alle Male vorbei.“

Unter diesen, getreu nach dem amtlichen Parlamentsprotokolle fixirten Gesichtspunkten wurden dann in die Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund, welche im Jahre 1871 auf das neue Deutsche Reich überging, die das Koalitionsrecht betreffenden noch geltenden §§ 152 und 153 aufgenommen.

Es erschien uns von größter Wichtigkeit, aus den damaligen Reichstagsverhandlungen über das Koalitionsrecht die Absichten und Voraussetzungen, welche den Gesetzgeber dabei geleitet haben, die Begriffsbestimmung des Rechtes, welche er mit dem Gesetz verband, erkennbar zu machen.

Diese Begriffsbestimmung aber steht im schärfsten Gegensatz zu den vielen und beständig wechselnden Begriffsbestimmungen, mit denen die deutsche Polizei und Justiz den Arbeitern das Koalitionsrecht von seinem Inkrafttreten an ganz oder theilweise inkonsequent zu machen bestrebt ist.

S kaum hatten die Arbeiter begonnen, sich dieses Rechtes zu bedienen; kaum hatten sie den Grund gelegt zu ihren darauf berechneten Organisationen; noch waren sie gar nicht in der Lage, diese Organisationen zu einem nennenswerthen Kampfe gegen das Unternehmertum zu gebrauchen, — als letzteres auch schon die Regierung und die Gesetzgebung mit dem Verlangen bestürmte, das die „ganz wirtschaftliche Ordnung schwer bedrohende“ Koalitionsrecht wieder zu beseitigen oder doch wenigstens einzuschränken. Zugleich ging das Unternehmertum selbständig gegen die in der Bildung begriffenen Arbeiterkoalitionen vor. Bereits im Dezember 1869 erließen rheinische Industrielle einen „Aufruf an die deutschen Arbeitgeber“, in welchem dieselben angegangen wurden, sich zusammenzuschließen zur Bekämpfung der Arbeiterorganisationen. Die kapitalistische Presse bröte unausgesetzt in frivoler Weise. Auf dem Eisenacher Kongreß der Sozial- und Wirtschaftsreformer im Jahre 1872 konnte der Katheder-Sozialist Professor Schmoller den Ausspruch thun:

„Sollen wir, wie der nackte Egoismus des Unternehmertums fordert, die Koalitionsfreiheit wieder aufheben und strenge Strafen auf Arbeitseinstellungen einführen, d. h. den Arbeiterstand gebunden dem Unternehmertum ausliefern und hoffen, daß die Humanität der Fabrikanten trotzdem eine Verjöhnung zu Stande bringen würde? Nach meiner Empfindung wäre das die größte Ungerechtigkeit, man würde damit gestehen, daß man mit der wirtschaftlichen Freiheit nur das Recht der freien Ausbeutung des Schwächeren verlangt.“

Die Regierung aber hatte den traurigen „Muth“, der frivolen Hege des Unternehmertums Rechnung zu tragen. Im Frühjahr 1874 legte sie, der Bismarckschen „Ordnungspolitik“ völlig ergeben, dem Reichstage einen Gesetzentwurf, betreffend die Beschränkung der Koalitionsfreiheit vor, in welchem das „Recht“ der Arbeitgeber, die Arbeiter durch das System der „Schwarzen Listen“ in Verzug zu erklären, ausdrücklich anerkannt, aber die Verhängung von Sperren über Unternehmer durch die Arbeiter mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bedroht wurde.

Der Reichstag lehnte allerdings diese infame „Reform“ ab. Aber unser rücksichtsloser griff nun die Polizei und die Justiz im Interesse der kapitalistischen Ausbeutung ein.

Wir haben seit 25 Jahren alles diesbezügliche Material gesammelt und sind auf Grund desselben vollauf befugt, zu erklären: daß das, was viele deutsche Polizei- und Justizbehörden im Laufe dieser Zeit an willkürlicher Bestimmung des Begriffs „gesetzliches Koalitionsrecht“ geleistet haben, eine beispiellos dastehende Vergewaltigung dieses Rechtes ist. Eine Vergewaltigung, zu Stande gebracht mit allen Feinheiten, mit aller Routine in der Gesetzesauslegungskunst, ohne Rücksicht auf die offenkundigen Absichten und Voraussetzungen des Gesetzgebers und das Rechtsbewußtsein des Volkes!

Polizei und Justiz haben sich zu Vollstreckern der Wünsche und Forderungen des Unternehmertums gemacht und nichts unterlassen, was geeignet erschien, den Arbeitern den Gebrauch ihres Koalitionsrechtes unmöglich zu machen oder zu erschweren und die Arbeiterkoalition selbst zu vernichten. Immer neue „Gründe“ dafür verstanden diese öffentlichen Gewaltigen zu konstruieren. Die Bundesgesetze, betreffend das Vereins-

und Versammlungswesen, boten ihnen dazu eine bequeme Handhabe. Da wurden gewerkschaftliche Organisationen zu politischen Vereinen gestempelt und aufgelöst, weil sie Petitionen an den Reichstag gerichtet hatten, betreffend Regelung und Beschränkung der Arbeitszeit, der Frauen- und Kinderarbeit u. a. Es hieß, das im § 152 der Gewerbeordnung gewährleistete Koalitionsrecht werde erschöpft durch das Eintreten für die unmittelbaren Lohn- und Arbeitsbedingungen, durch gemeinsame Erledigung der „konkreten Arbeitsverträge zwischen Unternehmern und Arbeitern“.

Nicht lange, und Justitia sand heraus — was wir mit Dugenden von gerichtlichen Urtheilen belegen können — daß selbst das Inverbinduntreten gewerkschaftlicher Körperschaften zwecks Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen, die gegenseitige Unterstützung bei Streiks mit dem reichsgesetzlich gewährleisteten Koalitionsrecht nicht gemein habe, vielmehr nach den Bundesgesetzen unerlaubt und strafbar sei. Ja, man erklärte geradezu den Streik für eine „politische Aktion“ und die Erhebung von Forderungen an die Unternehmer unter Androhung des Streiks als „Erpressung“.

Zwar hat das Reichsgericht des Oesteren wenigstens so viel eingeräumt, daß es der Arbeiterkoalition vollkommen freistehende, sowohl selbständig durch Arbeitseinstellungen und sonstige erlaubte Pressionsmittel unmittelbar auf Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen hingewirkt, als auch zu gleichen Zwecken sich mit anderen Vereinen zu koaliren.

Aber zahlreiche Polizei- und Justizbehörden fuhrten trotzdem fort, das Koalitionsrecht auszulegen, wie es ihnen beliebte.

Besonders in Sachsen war und ist das noch der Fall; ja, gegenwärtig mehr, als je zuvor. Man ist dort — so in Chemnitz — jetzt glücklich dahin gelangt, den Ansprüchen einzelner Personen an einen gewerkschaftlichen Verband als „unerlaubtes Inverbinduntreten“ anzusehen?

Die Zahlstellen solcher Verbände werden geschlossen, indem man sie als „selbständige politische Vereine“ ausgibt. Dasselbe Schicksal erleiden Gewerkschaftskartelle und selbst in dem Institut der Vertrauensmänner der einzelnen Gewerke steht man eine „Umgehung des Gesetzes.“

Aus einer Mittheilung der „Leipziger Zeitung“ erfahren wir, daß der Textilarbeiter-Verband hauptsächlich deshalb aufgelöst worden ist, weil er sich folgenden Aufgaben unterzogen hat: Wornahme statistischer Ermittlungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Regelung des Verkehrs und Herbergwesens, Gewährung unentgeltlichen Rechtsschutzes bei gewerblichen Streitigkeiten. Das sind nach Ansicht der Polizei Unternehmungen, die über den geschützten (II) Rahmen des § 152 der Gewerbeordnung hinausgehen!!! Auch das Unterhalten und Verbreiten der im „parteilichen“ Sinne wirkenden Verbandszeitchriften erachtet die Polizei als unzulässig!

Solche „Gründe“ macht man in Sachsen für die polizeiliche Vernichtung der Gewerkschaften geltend. Und dabei hat die Presse noch die Stirne, von dem „geschützten“ § 152 zu sprechen, während die polizeiliche Willkür die Erfüllung der auferlegtesten und selbstverständlichsten Voraussetzungen der Arbeiterkoalition mit einem Federstrich zu unerlaubten und strafbaren Handlungen umgäubert und damit das Koalitionsrecht selbst gradezu aufhebt.

Wahrlich, es ist elend bestellt um ein Recht, das jede beliebige Polizeibehörde zum Gegenstande ihrer Auslegungskunst machen kann. Eine Rechtsicherheit gibt es da nicht mehr, wo diese Kunst in der Welse „ihres Amtes waltend“ kann, wie gegenüber dem Koalitionsrecht der Arbeiter. Wenn in § 152 der Gewerbeordnung stünde: „Die Polizeibehörde hat nach freiem Ermessen und ohne alle Verantwortlichkeit darüber zu befinden, was unter Koalitionsfreiheit zu verstehen ist.“ — wahrhaftig, die polizeiliche Willkür könnte nicht schlimmer sein, als wir sie hier geschildert haben — eine Willkür, die sich äußert in einem ungeheuerlichen Verhörungs-Fanatizismus gegenüber den gewerkschaftlichen Organisationen, deren Mitglieder die Polizei als Sozialdemokraten in ihrem schwarzen Duche hat.

Die Wirkungen dieser Praxis richten sich natürlich gegen die Ordnung, welche die Polizei schätzen will; sie helfen diese Ordnung untergraben und das öffentliche Rechtsbewußtsein rebellisch machen.

„Hamburger Echo“.

Zum Güstrower Streik

theilen wir Folgendes mit: Bei einem Auszug am 23. September Nachmittags nach Arheilgen bei Darmstadt erhielt die Darmstädter Ortsverwaltung des D. M. B. durch Zufall folgende 3 Schreiben die Hände:

Sozialismus, zugleich aber könnten wirtschaftliche Kämpfe mit gutem Ausgang nur die Kampfstellung des ringenden Proletariats verbessern. In der dem Vortrage folgenden Diskussion sprach der Genosse Himmelman im Sinne des Referenten, die christliche Handlungswelt der Kapitalisten, insbesondere der hiesigen Ausbeuter in der Textilbranche einer scharfen aber berechtigten Kritik unterliegend. Nach einem Schlusswort des Referenten kam folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heute in der „Zentralhalle“ tagende öffentliche Metallarbeiterversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und bespricht mit allen Kräften für die Gewerkschaftsorganisation einzutreten, um derselben neue Anhänger zuzuführen.“ Hieran wurde die sehr gut besuchte Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung geschlossen.

Dresden. Zu „Erlaun“ tagte am 23. September eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung, auf deren Tagesordnung ein Vortrag des Genossen Sindermann über den wirtschaftlichen und politischen Kampf der Arbeiterklasse, der Bericht der Arbeitsnachweis-Kommission für Klemmner, die Abrechnung des Vertrauensmannes vom zweiten Quartal, Nennschuß zweier Revisoren und endlich Gewerkschaftliches stand. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende dem verstorbenen Kollegen Thiele einen Nachruf und erhebt sich die Versammlung ihm zu Ehren von ihren Sigen. Hierauf hielt Genosse Sindermann seinen Vortrag, welcher sehr beifällig aufgenommen wurde. Zum zweiten Punkt erhaltete Kollege Richter Bericht über die Thätigkeit der Kommission für den Arbeitsnachweis der Klemmner. Er bezeugt, daß es notwendig sei, daß die Kollegen den Arbeitsnachweis noch mehr benutzen, als bisher und daß sie das sogenannte Urkunden unterlassen müßten. Noch verwerflicher ist es, wenn sich gar die Kollegen an den Summennachweis wenden. Bis jetzt seien 57 Meister dagegen, denen nur 47 oder 43 Stellen gegenüberstehen. Auch tadelt Richter scharf das Verhalten eines Kollegen, welcher den ihm zugewiesenen Arbeitszettel für 70 S an einen anderen verkaufte, um das Geld in Spiritus aufzulösen. Solche Handlungsweise könne dem Nachweis nur zum Schaden gereichen. Zum Obmann für den Arbeitsnachweis wurde Kollege Schröder gewählt. Dann legte der Vertrauensmann seinen Rechenschaftsbericht ab, aus welchem hervorging, daß die Einnahmen A 1729,46 und die Ausgaben A 1236,88 betragen, so daß ein Kassenbestand von A 492,58 verbleibt. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit dieser Abrechnung und wurde dem Vertrauensmann daraufhin Decharge erteilt. Zu Revisoren wählte man die Kollegen Hofmann, Kaiser und Winter. Dann wies Kollege Gant auf die Anfügungen der Zahlstellen in Chemnitz, Rappell ufm. hin und machte den Vorschlag, unsere sämtlichen Attesten, sowie die Bibliothek lieber an zwei Kollegen, welche unser volles Vertrauen besitzen, bedingungslos zu verschenken, als diese bei einer eventuellen Auflösung der Polizei in die Hände fallen zu lassen. Die Versammlung war unter großer Heiterkeit damit einverstanden, und wurde daraufhin das ganze Vermögen an die Kollegen Schäfer und Haase verschenkt. Dieselben bedankten sich und versicherten, daß sie Alles nur zum Nutzen der Mitglieder des deutschen Metallarbeiter-Verbandes verwenden würden. Kollege Gant gab bekannt, daß die seiner Zeit geplante Expedition in den „Prometheus“ nun bestimmt Sonntag, den 7. Oktober, stattfinden werde und Karte dazu von ihm zu haben seien. Als Sammelplatz wurde bestimmt Merkel's Restaurant zum Bürgerbräu am Altmarkt. Eine Abtheilung wird die Beschäftigung Vormittags halb 10 Uhr, die andere Nachmittags halb 2 Uhr vornehmen. Nachdem noch Kollege Haack die traurigen Zustände der Fahrrad-Fabrik von Schlack, sowie der Gaslampen-Fabrik von Siemens in drastischer und humoristischer Weise geschildert hatte, wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Erlangen. 23. Sept. Nachdem von der hiesigen Verwaltungsstelle in letzter Woche die in der Metallindustrie beschäftigte Arbeiterschaft durch Massenverbreitung von Flugblättern wieder etwas aus ihrem Vergnügungstaukel aufgeweckt wurde, fand am Samstag, den 22. September eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, die von etwa 200 Personen besucht war. Genosse Hermann aus Stuttgart referirte über „Die wirtschaftliche Krise in der Metallindustrie und ihre Folgen.“ In einstündigem Vortrage führte der Redner den Antwendenden den wirtschaftlichen Konkurrenzkampf und dessen Folgen vor die Augen. In der darauf folgenden Diskussion, die Anfangs nicht recht in Fluß kommen wollte, stellte sich bald heraus, daß die Konkurrenz auch in Erlangen die schärfsten Wunden gezettelt hat, wofür die besten Beweise in der langen Arbeitszeit, dem niedrigen Lohn und der „humanen“ Behand-

lung zu finden sind. Aber trotzdem hat sich nur ein kleines Häuflein gefunden (Erlangen hat ja. 4000 (?) Metallarbeiter, organisiert sind ja. 120), welches begriffen hat, welchen ungeheuren Schaden das Raubthier Kapital hat. Es wurde deshalb auch eine dringende Mahnung an Alle erlassen, sich aus ihren Sumpfböden herauszuwagen, das helle Licht der Wahrheit nicht zu scheuen, die geringen Kosten des Beitritts zum Verband sollten Niemand verdrücken, denn das müßten nachgerade Alle begriffen haben, daß das christlich-humane Ausbeuterthum in Erlangen nicht gewollt ist, auch nur einen Pfennig seines Profits zum Besten der Arbeiter zu verwenden. Nicht einmal die Behandlung ist an vielen Orten eine menschliche, trotzdem die Betreffenden den Kopf bis auf die Schulter herabhängen aus lauter christlicher Bruderliebe. Darum organisiert Euch Alle, und die Organisirten müssen Sorge tragen, das Angefangene weiter zu führen, jeder Einzelne stelle seine ganze Kraft zur Befreiung des geknechteten Volkes.

Bamberg. Am 17. September fand hier die erste Mitgliederversammlung des deutschen Metallarbeiter-Verbandes statt, in welcher Kollege A. Jänmrich zum Bevollmächtigten, Kollege Morawitz zum Kassirer, zu Revisoren die Kollegen Grünwaldt, Krußschewski und Kardinal gewählt wurden. Die Frage, ob die Errichtung einer Zählstelle am hiesigen Orte zweckmäßig sei, wurde im Sinne der Ausführungen des Kollegen Krußschewski bejaht, beantwortet, daß vorläufig davon Abstand zu nehmen sei, da unsere junge Organisation dadurch in keinem Falle gefördert würde. Derselbe stellte sodann den Antrag, den durchreisenden Kollegen ein Zeckgeld zu verabsorgen, welches durch freiwillige Sammlung der Kollegen gedeckt werden könne. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Ferner wurde beschlossen, Herberge und Verkehrslokal bei Kardinal, Baustraße 52, beizubehalten und alle 14 Tage daselbst eine Mitgliederversammlung abzuhalten. Die nächste Versammlung findet am 1. Oktober, Abends halb 9 Uhr, statt. Nachdem sich sechs Kollegen als Mitglieder hatten aufnehmen lassen und die Beiträge erhoben waren, wurde die Versammlung geschlossen.

München. Am 22. September wurde hier in Gemeinschaft mit den Holzarbeitern eine öffentliche Versammlung abgehalten mit der Tagesordnung: „Der Gütstrower Streik.“ In Folge einer Flugblättervertheilung war dieselbe auch recht gut besucht. Als Referent fungirte Stadtverordneter Tiefel von hier. Derselbe legte den Anwesenden die Gründe und Folgen des Streiks recht deutlich dar. In der darauf folgenden Diskussion wurde hauptsächlich auf die Nothwendigkeit einer guten Organisation hingewiesen und darauf folgende Resolution angenommen: „Die heute tagende Versammlung erklärt sich nach Anhören des Referenten mit den Streikenden solidarisch und verpflichtet sich, dieselben materiel wie moralisch in jeder Beziehung zu unterstützen. Das Vorgehen der Gütstrower Fabrikleitung erklärt die Versammlung als ein durch nichts zu rechtfertigendes Eingreifen in die Konstitutionsfreiheit der Arbeiter und weist dasselbe auf das Energischste zurück. Auch das einseitige Vorgehen der Polizei ist auf das Entschiedenste zu verdammen.“ Nach der Diskussion der Sammellisten und dem Schlussworte des Referenten wurde die Versammlung geschlossen.

München. Eine öffentliche Metallarbeiterversammlung fand am 7. September im „Saubrunn“ (Zentralherberge) statt mit der Tagesordnung: Vortrage: „Warum haben wir keine Industrieverbände? Bericht der Delegirten des Gewerkschaftsvereins.“ Nach dem Vortrage des Referenten, woraus zu ersehen, daß die Thätigkeit des Vereins eine sehr umfangreiche war. Die Redner bemerkten, daß, wenn auch nicht jeder Wunsch bis jetzt erfüllt werden konnte, so doch schon Vieles erreicht worden sei — so betrefft der Zentralherberge und der Rechtschutzkommission, deren Einrichtung sich als sehr zweckmäßig erwiesen habe. Eine längere Debatte rief eine Anfrage des Kollegen Weiß hervor, wie es sich verhalte mit dem Defizit, welches seit Bestehen der Zentralherberge gemacht worden ist. Obwohl die Kollegen Krämer und Wamschang das Defizit niedriger darzustellen versuchten, bestätigte der Vorstand des Gewerkschaftsvereins, daß es in Wirklichkeit bestche. Es wird daher in nächster Zeit ein Wechsel in der Verwaltung nötig sein. Wegen vorgerückter Zeit mußte die Versammlung abgebrochen werden. Die Fortsetzung fand am 15. September im „Kreuzbräu“ statt, wobei die Kollegen Franz Schmitt, Joseph Brem und August Hammerer als Delegirte zum Gewerkschaftsverein gewählt wurden. Dieselben haben von Zeit zu Zeit bei ihren Gewerkschaften Bericht zu erstatten.

Witten. Am 23. September hielt die hiesige Verwaltungsstelle des D. M. A. ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Leider ließ der Besuch derselben seitens der vielen hier arbeitenden Metallarbeiter viel zu wünschen übrig. Wenn wir die Zahl der hier beschäftigten Metallarbeiter vergleichen mit der kleinen Zahl der Mitglieder der hiesigen Verwaltungsstelle, so sollte man meinen, Witten sei ein Eldorado für die Metallarbeiter, aber dem ist nicht so. Die Löhne sind so niedrig bemessen, daß sich die Kollegen sagen sollten, hier muß Wandel geschaffen werden, wir müssen uns dem Metallarbeiterverband anschließen, um den Fabrikpächtern einen Damm entgegenzusetzen. Es wurde beschlossen, für die nächste Versammlung einen Redner zu engagiren, um über „Lohn- oder Affordarbeit“ zu referiren. Wir fordern jetzt schon die Kollegen auf, für die am 14. Oktober tagende Versammlung zu agitiren und neue Streiter anzuwerben. Darum, Kollegen, auf zur Agitation, werlet jede Schu und allen Mühen bei Seite, tretet ein in die Reihen des kämpfenden Proletariats, schließt Euch zu einem festen Bollwerk zusammen, dann wird der Sieg nicht ausbleiben, denn vereint sind wir nichts, geschloffen eine Macht.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Die Situation in Gütstrow ist bis jetzt unverändert. Der Zug ist noch immer ziemlich stark, jedoch ist es den dortigen Kollegen bisher gelungen, ihn wieder abzuweichen. Die Fabrikleitung beharrt noch immer auf ihrem prologischen Unternehmerrandpunkte und ist trotz der Vermittlungsversuche, die die großherzoglich mecklenburgische Regierung durch den Regierungsrath Hammerstein unternommen hat, nicht zum Unterhandeln geneigt, auch ein Versuch der Streikkommission, der in voriger Woche gemacht wurde, dem Direktor und dem anwesenden Aufsichtsrathsmitglied Vorschläge zur Beilegung des Streiks zu machen, scheiterte daran, daß die Kommission nicht vorgelassen, sondern ihr bezeugt wurde, so schnell als möglich die Fabrik zu verlassen. Im Gegentheil erweist ihr jetziges Verhalten den Anschein, als wolle sie die Streikenden zu irgend welchen Gewaltthatigkeiten reizen, denn sonst hätte sie schwerlich ihre Getreuen mit Schlagringen und ihre Beamten mit Revolvern ausgerüstet. Glücklicherweise haben die Streikenden das Manöver durchschaut und sich jetzt trotz aller Provokationen von jener Seite und aller seitens der für Unternehmung stets hilfsbereiten Polizei belibten Einschränkungserlasse nicht zu einer unbesonnenen Handlung reizen lassen. Ihr Geist ist nach wie vor ein guter und wird ein guter bleiben, wenn sie sehen, daß sie an ihren Kollegen den nöthigen Rückhalt finden. Darum ist Pflicht, diesen prinzipiellen Kampf, in dem es sich um nichts Geringeres, als um die Anerkennung der Organisation handelt, in jeder Weise energisch zu unterstützen.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten:

- Nr. 66763 des Formers Karl Schum, geb. zu Wödingen am 17. Dez. 1875.
- 77802 des Schmieds A. Otto, geb. zu Regdorf am 5. Oktober 1849.

Auf Antrag der Ortsverwaltung Göttingen ist das Mitglied Georg Molynger, Uhrmacher, Buch-Nr. 70172, geb. zu Zürich am 14. September 1863, wegen Betrug und Unterschlagung ausgeschlossen. — Das Mitglied Emil Hertke, Dreher, Buch Nr. 56960, geb. zu Wöhlen am 25. September 1874, wurde auf Antrag des Vertrauensmannes Leipzig-W. als Streikbrecher ausgeschlossen. — Das Mitglied Otto Streicher, Kesselschmied, Buch Nr. 37044, geb. zu Zeitz am 26. August 1873, wird laut § 3 Abs. 7a, weil er aus einem unglücklichen Mitgliedsbuche schon gestempelte Marken in sein Buch geliebt hat, ausgeschlossen.

Von den nachfolgenden Orten ist der Zugang der Arbeiter der benannten Berufe fern zu halten: Holz- und Metallarbeiter von Gütstrow, Dreher von Leipzig-Plagwitz (Swidersch) Nähmaschinenarbeiter von Altenburg (Nähmaschinenfabrik von Wieselmann), Klemmner von Deuben b. Dresden (Emailschütte Braune & Arsch), Metallbrücker von Nürnberg (Schäumer, Metallwaarenfabrik), Ferrumacher von Paula, Metallarbeiter von Parlsorzh (Metallpatronenfabrik).

Die Metallarbeiter in Budapest haben wegen Differenzen über die Firma Gager & Co. in Budapest den Boykott verhängt, es ist also auch nach dort hin der Zugang fern zu halten.

Alle für den Verband bestimmten Geld-

sendungen sind nur an die Adresse unseres Kassiers

Theodor Werner, Stuttgart, Poststraße 100, 1. zu richten, und ist auf dem für Mittheilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerken, ob das Geld überwiesenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Geld für Extramarken, Kongressprotokolle, Delegirtensteuer oder General-Kommissionsmarken ist. Mit kollegialen Gruß **Der Vorstand.**

Der Schlosser Karl Waan, eingelreten in Kiel, sowie Carl Wählinger aus Mannheim, in der Zeit vom Oktober bis Dezember 1893 in Marburg in Hessen in Arbeit, und das Mitglied Karl Geller, geb. zu Johann-Georgenstadt i. S., Buch Nr. 39832, werden um Angabe ihrer Adressen gebeten. Die Ortsverwaltungen und Vertrauensmänner wollen ev. zur Auskunftsertheilung beifällig sein.

Trotzdem wir bereits am 20. Dez. v. J. und nochmals am 26. April d. J. diejenigen Verwaltungsstellen drücklich gemahnt haben, welche mit den am 4. Juni 1892 ausgegebenen General-Kommissionsmarken noch nicht abgerechnet hatten, haben nachstehend verzeichnete Verwaltungsstellen bis heute noch nicht abgerechnet und ersuchen wir hiermit dringend, dies baldigt zu thun, damit wir endlich in der Lage sind, mit der General-Kommission in Hamburg abzurechnen. Es stehen noch aus: Dresden-W, mit 74 St., Essen mit 280 St., Heide in Holstein mit 20 St., Albed mit 18 St., Mühlhausen in Thür. mit 40 St., Nürnberg, Metallschläger mit 3 St., Nürnberg, Metallgindustrie mit 38 St., Nemscheid mit 145 St.

Gingefandt.

Saalfeld a. Saale, 25. Sept. 1894. Nachdem der Prozeß der Arbeiter der Bielefelder Nähmaschinen-Fabrik zu Saalfeld a. S. betreffend Forderung in in Sachen Strafkasse an die Konkursverwaltung der betreffenden Fabrik zu Gunsten der Arbeiter ausgefallen ist, ersuchen wir nachfolgende frühere Mitarbeiter, ihre Adressen und Vollmachten an Wilhelm Stein, Saalfeld a. S., Klosterstraße 40, bis zum 20. Oktober einzusenden zu wollen.

Den Bericht über den Ausgang des Prozeßes veröffentlichten wir in den beiden Fachvereinszeitungen der Metall- und Holzarbeiter nach Auszahlung des Geldes.

- Siefert, Ernst, Tischler.
- Wannemacher, Fris, Schlosser.
- Frey, Elise.
- Regner, Robert, Dreher.
- Kilian, Peter, Schlosser.
- Dswald, Hugo.
- Sieber, Joseph.
- Trenn, Karl, Tischler.
- Utz, Karl, Schlosser.
- Schmidt, Theodor.
- Bergner, Franz, Schlosser.
- Blut, Johann.
- Hohlweg, Bertha.
- Grünbed, Ludwig, Schlosser.
- Siebenhüner, Theodor, Kellner.
- Hunglinger, Matthäus, Schlosser.
- Groh, Paul, Schlosser.
- Schotte, Heinrich, Schlosser.
- Knox, Conrad, Schlosser.
- Schnell, Georg, Schlosser.
- Krauspe, Georg, Schlosser.
- Schepß, Karl, Schlosser.
- Fischer, Emma.
- Beidel, Max, Schleifer.

Vermischtes.

Organisation. — Erziehung. Folgende, für jeden Arbeiter sehr beherzigenswerthen Bemerkungen finden wir im „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“: „Die Erfahrung lehrt uns, daß man bei Angehörigen einer Organisation in ihren Umgangsformen sowohl wie auch in ihrer Haltung im Geschäft ein viel selbständigeres Benehmen zu beobachten vermag, als bei den nicht organisirten Arbeitern. Wer hat nicht schon Gelegenheit gehabt, Nichtverbandsmitglieder unserer Branche in ihrer Unbeholfenheit und Unselbständigkeit zu beobachten? Und wer hätte nicht schon im Stillen eine gewisse Freude empfunden an dem gemeinlich energischen, kraftbewußten Vorgehen der Verbandsmitglieder. So wie einem Bourgeois die Millionen seines Besitzes die Folle für sein Neuhäres schaffen, so dem organisirten Arbeiter das Bewußtsein, Tausende von Gleichgesinnten, Gleichhandelnden hinter sich zu haben. Bei dem nichtorganisirten Arbeiter verursacht das Gefühl der Verlassenheit, die Ungewißheit, in seinem Handeln das Rechte getroffen zu haben, die Grundlage für seine ängstliche, energielose Haltung. Aber nicht nur eine günstige Umwandlung des Menschen bewirkt die erzieherische, berebbende Thätigkeit der Organisation, auch auf das Innere des Menschen wirkt sie verberbernd ein. Wenn Umgang mit Menschen

Bilden soll. so kann nur ein Umgang mit jenen Menschen gemeint sein, deren Denken und Fühlen sich in höheren, uneigennütigen Bahnen bewegt; denn Goldsmusch schafft eine dem Vertheiler nicht förderliche Gemüths-natur. Die Organisation bietet Jedem Gelegenheit zum Verkehr mit Menschen, die in klarer Erkenntnis ihrer Lage begriffen haben, daß zur Hebung derselben vor allen Dingen auch eine harmonische Ausbildung des Geistes erforderlich ist. Durch die Diskussion, welche in gemeinsamer Berathung interessirender Fragen hervorgerufen wird, gibt die Organisation dem Individuum Gelegenheit, die Kunst, Gedanken logisch zu zerlegen und zu entwickeln, zu erlernen. Sie lehrt parlamentarischen Takt in der Abwägung der Bedeutung der Worte und gibt so die besten Anweisungen für die Haltung im politischen und privaten Leben. Die Organisation schafft Bibliotheken zur Bereicherung des Wissens, veranstaltet Vorträge und fördert durch Bergangungen kollegialen Sinn und Geselligkeit; kurz, sie ist eine Erzieherin, wie sie sein soll. Und wenn auch diese Erzieherin noch so oft geschmäht wird, so wird sie doch zielbewußt ihre Bahn verfolgen, unbekümmert um das Geschrei Derjenigen, die in schlaun berechnendem Egoismus diese pädagogische Behrmenthede nachzuahmen versuchen und lässlich Hiaslo gemacht haben. Die Zahl ihrer Schüler wird stetig wachsen, daran wird Niemand etwas ändern können."

Ein Exempel auf die Altersversicherungsvorteile. Was sich die Damen und Herren der sogenannten besseren Stände doch den Kopf darüber zerbrechen, wie die Arbeiter am billigsten leben können. Die „Schlemmerel und Genußsucht“ der Arbeiter hat ihnen nicht eher Ruhe gelassen, als bis sie wieder einmal zu den unzähligen schon vorhandenen Rechenrezepten einige neue ausgrübeln haben. So theilt die „Nieder-rheinische Volkszeitung“ aus einem Kochbuch, das den verlockenden Titel „Das häusliche Glück“ trägt und von einer Kommission des strengsittigen Verbaues „Arbeiterwohl“ in M. Gladbach herausgegeben ist, folgende hübsche Sätze mit: „Angenommen, die Hausfrau hat außer dem Betrag für Brod täglich für ihre sämtlichen Mahlzeiten nur einige Groschen zur Verfügung, wie soll sie da ihre Küche einrichten? Antwort: recht einfach, aber doch gesund und kräftig. — Um einen Esch für Fett zu bekommen, muß man sich Würstbrähe, frische Schweinefleisch und Del zu verschaffen suchen.“ — Als Proben der Rechenrezepte, die das „häusliche Glück“ begründen, mögen folgende für eine Familie mit vier Erwachsenen bestimmte Speisezetteln dienen:

1/2 Pfd. Reis in Suppe 9	1/2 Pfd. Kartoffeln 15
1 Str. Würstbrähe 4	
Zus. 28	
oder:	
2 Pfd. grüne Bohnen in Suppe 14	5 „ Kartoffeln 15
2 „ frische Schweinefleisch 4	
Zus. 33	
oder:	
6 Pfd. Kartoffeln in Suppe 15	1 Str. Würstbrähe 8
1 1/2 Pfd. Banhas 20	
Zus. 38	

„Einfach“ ist das sicher; ob aber „gesund und kräftig“? Nun, die Kommission hat jedenfalls den Versuch, bei solcher Kost 300 Tage und noch mehr täglich und 11 und noch mehr Stunden täglich hart zu arbeiten, an sich selbst gemacht, sonst wäre die Behauptung doch sehr frivol. Die Preise der Lebensmittel, welche die Kommission ihrer Berechnung zu Grunde gelegt hat, scheinen übrigens noch der „guten alten Zeit“ zu entstammen. Gegenwärtig kostet das Pfund Kartoffeln, und zwar im zentnerweisen Einkauf, nicht drei, sondern über sechs Pfennige. — Mitglied der Kommission, welche dieses „Arbeiterwohl“-Kochbuch verbrochen hat, ist oder war auch Herr Pfarrer (jetzt Professor) und Zentrum-Neichstagsabgeordneter Hlze: seine Mitarbeiterchaft wurde f. J. von der Zentrumspresse eingeräumt. Derselbe Herr Hlze ist, beiläufig bemerkt, auch Mitglied der Reichskommission für Arbeiterstatistik, welche längst die bekanntesten, von uns besprochenen Vorträge in Bezug auf Regelung der Arbeit in den Wärdereien — 14stündige Arbeitszeit und an 40 Tagen jährlich unbegrenzt! — ausgearbeitet hat und welche von den Herren Wärdereimern der „Vereinigenommenheit“ zu Gunsten der Arbeiter beschuldigt wird!

Die Gewerbegerichtswahlen in Dortmund haben für unsere dortigen Genossen nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Die Kandidaten der Gewerkschaftskommission sind mit 30. 140 Stimmen in der Minderheit verblieben. Die Liste der „christlich-sozialen“ Partei siegte mit 1696 gegen 1550 Stimmen für die Liste der Gewerkschaftskommission. Die „Rhein.-Westf. Arbeiterztg.“ bemerkt zu dem Resultat: „Das Resultat der Gewerbe-gerichtswahlen ist für die klassenbewußte Arbeiterchaft Dortmunds sehr un erfreulich. Mit

30. 140 Stimmen sind ihre Kandidaten denen des vereinigten Ordnungsbreils unterlegen und die beschämende Thatsache hat sich ergeben, daß ein großer Theil der Dortmunder Arbeiter noch in der Gefolgschaft der Unter-nemer marschirt, noch in dem Wahne befangen ist, daß die Interessen der Arbeiter mit denen der Arbeitgeber identisch seien. Was nun? Muthlos und verzagt die Hände in den Schooß legen? Das wäre feige und auch gänzlich unberechtigt. Zum Pessimismus haben wir keinerlei Veranlassung. Wenn mit dieser Niederlage „Alles aus“ wäre, wie sich ein großer Schwarzseher äußerte, dann wäre die ganze Partei schon oft genug an Nieder-lagen verblutet. Wir sind aber im Gegen-zeile der Meinung, daß diese Niederlage uns sehr heilsam sein kann, wenn wir die richtigen Schlüsse daraus ziehen, wenn uns diese ein Ansporn ist zu um so eifrigerer Arbeit im Weinberge der Partei. „Frisch auf zum neuen Kampf“ muß die Parole lauten. Lernen wir aus unserer Niederlage. Zum unumwundenen Klagen haben wir keine Zeit. Haben die Gegner diesmal noch siegreich das Feld behauptet, so müssen sie in Zukunft um so sicherer unterliegen. Es gilt namentlich, die gewerkschaftliche Bewegung, die hier in Dortmund noch sehr im Argen liegt, zu festigen. So mancher gute Partei-genosse gehört thatsächlich seiner Berufs-organisation nicht an. Hier muß Wandel geschaffen werden und an die Gewerkschafts-kommission treten ernste Anforderungen heran. Andererseits muß auch mehr für die Verbreitung unseres Organs gearbeitet werden. In jeder Arbeiterfamilie muß es Eingang finden. Besonders aber hüte man sich vor persönlichen Kämpfen und Reibereien, die unsere Kräfte zerplittern und hemmen, bei den Gleichgültigen unseren Ruf schädigen. Thut jeder Genosse und Gewerkschaftler in Zukunft seine Pflicht, so ist uns um den Ausgang der nächsten Ersatzwahl zum Gewerbegericht nicht bange. Also auf zur energischen Arbeit. Wegen wir die Scharte aus!“

Ueber die Streiks in Deutschland im Jahre 1893 veröffentlichte soeben die General-kommission eine Statistik. Eingang der Statistik wiederholt der Bericht dieselben Klagen wie im Vorjahre und 1892. Die Vorstände der Verbände, beziehentlich die Streikkomitees waren trotz aller Mahnung, Bericht einzuliefern und trotz des in Halbe-rstade angenommenen Antrags: „Ueber Be-gahn, Weiterentwicklung, Beendigung und Erfolg des Streiks ist der General-kommission Bericht zu erstatten“ auch im letztvergangenen Jahre zu säumig. Welter macht der Bericht-erstatter schon von vornherein darauf auf-merksam, daß die Streikstatistik nicht nur unzureichend ist nach der Richtung hin, daß nicht alle Streiks, welche stattgefunden haben, registriert werden konnten, sondern daß auch die Angaben über die Dauer, Zahl der be-theiligten Personen und die bei den Aus-ständen veranbunden Ausgaben völlig ungenau sind. Dies vorausgesetzt, sucht die Kom-mission, soweit es möglich, dennoch ein annäher-nd richtiges Bild zu geben. 1890-91 waren von den 226 Arbeitseinstellungen 147 An-griffsstreiks, 1892 von den 73 Arbeitseinstel-lungen 19 Angriffsstreiks und 1893 von den 116 Arbeitseinstellungen 37 Angriffsstreiks, das heißt solche, durch die eine Verfürzung der Arbeitszeit oder eine Erhöhung des Lohnes herbeigeführt werden sollte. Ist nun aus der Vermehrung der Zahl der Angriffs-streiks nicht ohne Weiteres zu schließen, daß die Arbeitsgelegenheit günstiger oder die Stärke der Organisationen gewachsen ist, so ließe der Erfolg der Arbeitseinstellungen einen solchen Schluß wohl zu. Von den Angriffs-streiks waren 1891/92: erfolgreich 54, theil-weise erfolgreich 59 und erfolglos 30. 1892: erfolgreich 6, theilweise erfolgreich 6 und er-folglos 8. 1893: erfolgreich 18, theilweise erfolgreich 11 und erfolglos 8.

Die Abwehrstreiks verliefen: 1890/91 79 Streiks, davon erfolgreich 13, theilweise er-folgreich 30 und erfolglos 26; 1892 53 Streiks, erfolgreich 19, theilweise erfolgreich 9 und erfolglos 24; 1893 79 Streiks, er-folgreich 33, theilweise erfolgreich 14 und er-folglos 30. Hieraus ist ersichtlich, daß die Ar-beiter dann, wenn sie von den Unternehmern angegriffen werden, weniger Aussicht auf Er-folg mit einem Streik haben. Besonders trifft dies bei den Streiks, welche infolge von Maßregelungen infolge zu werden, zu, während es öfter gelingt, Lohnreduzierungen durch eine Arbeitseinstellung zurückzuführen.

Von den einzelnen Gewerkschaften haben die Schuhmacher am meisten Streiks gehabt, nämlich 20; dann folgen die Metallarbeiter und Brauer mit je 10; ferner die Bildhauer und Töpfer mit je 8, die Hammerer, der Holzarbeiterverband (vom 1. Juli 1893 an) und die Latenarbeiter mit je 8 Streiks. — Sämmtliche 10 Streiks der Metallarbeiter waren Abwehrstreiks; die Brauer hatten 7 Abwehrstreiks, die Schuhmacher 9, die Töpfer 8 (alle sämmtliche Streiks). Verhältniß-mäßig die meisten Angriffsstreiks haben die Bildhauer ausgeführt, nämlich 7 von 8, während die Schuhmacher in 11 Streiks an-greifend vorgingen. Die Schneider hatten

nur einen, und zwar einen Angriffsstreik, bei dem die größte Personenzahl, nämlich 4000, theilhaftig war. Bei den Schuhmachern waren 1208, bei den Steinmetzen 1054 Per-sonen theilhaftig, während die Brauer einen Streik mit 84 Mann hatten und bei den 10 Streiks der Brauer nur 323 Mann in Frage kamen, so daß auf einen Streik im Durchschnitt 82,3 Mann kommen. — Die größte Summe veranlagten die Lithographen, denen 2 Streiks, wobei 254 Personen 19 Wochen lang im Ausstand sich befanden, im Ganzen 44,948 M. kosteten. Der größte Theil dieser Summe 23,591 M. war durch Sammelkassen, 11,516 M. von anderen Ge-werkschaften und nur der Rest von 8500 M. von den Lithographen selbst aufgebracht wor-den. Die Streiks der Schuhmacher haben 19,028 M., die der Korbmacher 18,792 M., die der Steinmetzen 13,445 M. und die der Brauer 13,108 M. gekostet.

Mit Rücksicht auf die nicht ausreichende Genauigkeit der Statistik sind, wie auch der Berichterstatter des „Korrespondenzblatt“ sagt, stärkere Schlüsse aus dem gewonnenen Zahlen-material nicht zu ziehen. — Folgende Tabelle möge noch das Verhältniß derer 1893 Streiks zu denen der Vorjahre zeigen:

Anzahl der Ge- werbe, in denen Streiks vorkamen	Anzahl der Streiks	Zahl der betheiligten Personen	Dauer der Streiks in Wochen	Gesamte Ausgabe	
27	1890 — 91:	228	35,536	1348	2,094,922
21	1892:	78	3,022	507	84,688
26	1893:	110	9,356	568	172,001

Hoffen wir, daß die deutschen Gewerkschaften von Jahr zu Jahr mehr die Nothwendigkeit und den Nutzen einer guten Statistik begreifen mögen.

Russische Fabriktyrannen. Vor dem Moskauer Friedensgericht hat sich ein Prozeß abgepielt, der auf das inner-russische Fabrikleben und das „patriarchalische“ Verhältniß der Fabrikanten zu den Arbeitern ein helles Schlaglicht wirft. In Bezug auf die Fabrik von Tschel in Moskau, in der 20. 800 Arbeiter beschäftigt werden gingen schon seit Langem Gerüchte, daß dort die Arbeiter auf Befehl des Fabrikanten mit Ruthen-hieben bestraft werden. Diese Gerüchte haben jetzt, Dank dem entschiedenen Vorgehen eines Arbeiters, der sich an den Fabrikinspek-tor des Moskauer Rayons um Schutz wandte, ihre volle Bestätigung erhalten. Die Gerichts-verhandlung stellte verschiedene Fälle fest, in denen Arbeiter meist in Gegenwart des Fabrikanten von ihren Kollegen mit Ruthen gezüchtigt werden mußten. Was den klagenden Arbeiter selbst betrifft, so hatte dieser 20 Ruthenschläge im Beisein des Fabrikanten erhalten, nachdem er von den ihm anfänglich zudiktirten 30 Ruthen-schlägen 10 abgehandelt hatte. Der Verthei-diger des Fabrikanten machte geltend, daß der klagende Arbeiter stark dem Schnaps-gebräue huldige, und daß der Fabrikant ihn durch diese Strafe habe bessern wollen. Das Ver-ständniß der Humanität sei ein „irrhümliches Verstandniß der Humanität“ zu nennen. Der Richter ließ jedoch auf diese Deduktionen über den Begriff der Humanität nicht ein, sondern verurtheilte den Fabrikanten zu einem vierwöchigen Arrest. Außerdem hat der Fabrik-inspektor den Belter der Werkstätten der Fabrik durch Unterschrift verpflichtet, darauf zu achten, daß seitens der Meister keine Miß-handlung der Arbeiter stattfindet. Wird nichts helfen. Gegen das „irrhümliche Verstandniß der Humanität“ der Fabrikanten gibt es nur ein Mittel, das der entscheidendsten Noth-mehr der Arbeiter.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. W. Dieck Verlag) ist soeben das 51. Heft des 12. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ein Parabol-gma. — Zur Lage des bayerischen Bauernstandes. Von A. Müller. — Der Erbe Untons-Kongreß von Norwic und die Sozialdemo-krate in England. Von Ed. Bernstein. — Die industrielle Politik Rußlands in dessen politischen Provingen. — Notizen: Nochnais Zuns. Zur Entwicklungs-geschichte der litte-rarischen Produktion Deutschlands. — Feuilleton: Lebensbilder aus England. Von Andreas Schen. IV. Ein Besuch in New-York. — Heft 52 enthält: Gustav Adorf. — Am Gedanktag der „Internatio-nale“. Von Ed. Bernstein. — Zur Lage des bayerischen Bauernstandes. (Schluß.) — Berliner Theater. Von F. Mehring. — Die „Internationale“ und die Schule. — Notizen: Volk und Sozialreform. Pro-portionales Wahlverfahren. — Feuilleton: Aus zwei Reich. Ein Straßenbild von Bernard Lag. — Morgenroth. Sozialdemokratische Fest- und Zeitgedichte. Mit einem Anhang: Pro-loge und Festspiel. Von J. Stern. Stutt-

gart 1894. Verlag von Max Helge (Gast-Verstrafe 18). Preis 50 J. In Partien hebeutenden Abatt. Das 10 Bogen starke Büchlein umfaßt eine reichhaltige Samm-lung von Gedichten mannigfaltiger Form, in denen der Geist der sozialdemokratischen Ar-beterbewegung flukt und feurig zum Aus-bruch kommt, bald in pathetischem Ernst, bald mit Humor und Satire. Diese Gedichte sind nicht bloß sehr anregend für den Leser, son-bern auch von großem agitatorischen Werth und eignen sich ganz besonders zum Vortrag bei Arbeiterfesten aller Art. Der 1. Theil „Im Kreislauf des Jahres“ enthält für sämmtliche Jahreszeiten und Kalenderseitigen, sowie für die Märzfester, Maifester, März- und Passafester sehr passende, zur Della-mation geeignete Gedichte. Der 2. Theil ist betitelt: „Die sozialistische Arbeiterbe-wegung“, der 3. Theil enthält „Zeit-gebichte“, der 4. Theil „Allgemeines“. Der Anhang enthält einen Prolog zur Weihnachtsfeier und einen Prolog zu Stiftungsfesten jeder Art. Die Samm-lung schließt ab mit einem Festspiel „Organisation“, in welchem die Noth-wendigkeit der Organisation für die Arbeiter in packender dramatischer Form dargehan wird. Dieses Festspiel eignet sich umso-mehr zur Aufführung bei den verschiedensten An-lässen, als nur zwei Personen zur Darstel-lung erforderlich sind, da es sich zwischen einem Arbeiter und seiner Frau abspielt.

Der Sozialdemokrat. Zentral-Wochen-blatt der sozialdemokratischen Partei Deutsch-lands (Expedition in Berlin SW., Wusth-Strafe 2). — Nr. 35 vom 27. Septbr. hat folgenden Inhalt: Wochenchau. — Die Sozial-demokratie und die Kasernenagitation. — Dr. David, Bandagitation. Schluß: Verstaat-ligungen, die nächste Zukunft. — Parteinach-richten. — Wie man uns behandelt. — Todtenliste. — Litteratur. — Statistische Fortschritte. V.: Petrarhsstatistik. — Brief von Cornellißen-Amssterdam. — Aus Holland. — Eine Enquete über die Wirkungen der Ma-schinen. — Mangel an Landarbeitern. (Aus Holstein.) — Erfahrungen aus der gewerkschaftlichen Agitation. — Aus den schottischen Grubenbezirken. — Agrarisches. — Industrie. — Sozialstatistisches. — Gewerkschaftliches.

**Deutscher Handwerker- u. Arbeiter-
Nothkalender für das Jahr 1895.**
17. Jahrgang. Verlag von Wörlein &
Comp. in Nürnberg. Preis 1. Qualität
75 J., gebühnlische Ausgabe 50 J. Die Ver-lags-handlung bemerkt in ihrer Einführung des neuen Kalenders u. A.: „In jedem Jahre sind wir bestrebt gewesen, irgend eine Verbesserung an unserm Kalender vor-zunehmen. Voriges Jahr haben wir den Versuch gemacht, in Bezug auf den Einband der besseren Seite eine Aenderung einzutreten zu lassen und haben die Venerung der Kritik unterstellt. Dieselbe ist nicht zu Gunsten der probeweise eingeführten Einbanddecken aus-gefallen, vielmehr wurden wir von allen Seiten aufgefordert, wieder zu der bewähr-ten Einrichtung des steifen Klappdeckels zurückzukehren und dabei speziell die rothe Farbe zu bevorzugen. Wir sind diesem Wunsche nachgegeben und lesen daher in diesem Jahre Qualität 1 nur in derselben Ausstattung (Briefstascherartig mit Gummi-Einband) wie früher. Qualität 2 liefern in gutem Pabederband mit Bleistift-blei. Da zu dem Papier mancherlei Ausstellungen gemacht wurden, so haben wir nach dieser Richtung durchgreifend Wandel geschaffen, vor Allen den gelblichen Ton ab-geschafft und völlig weißes Papier gewählt. Dasselbe ist in puncto Stoff so, daß es als gutes Schreibpapier bezeichnet werden kann. In Bezug auf die inhaltliche Be-reicherung des 15 Bogens starken Kalen-ders verweisen wir besonders auf die im In-haltsverzeichnis erwähnte „Praktische An-leitung zur gewerblichen Buchfüh-rung“, welche vielen unserer Abnehmer sehr willkommen sein wird. Auf besonderen Wunsch haben wir die Anleitung zur Be-rechnung der Alters- und Invalidi-tätsrenten wieder mit aufgenommen.“ — Inhalt: Verzeichniß: Kalenderium mit den protestantischen und katholischen Namenstagen nebst Gedächtnis-Kalenderium. — Alter Alters- und Invaliditäts-renten. — Tabelle zur Berechnung der Altersrente. — Tabelle zur Berechnung der Invaliditätsrente. — Zinsberechnungs-Tabelle. — Aus der Gerichts-kosten-geseh. — Aus der Gebührenordnung für Rechtsanwälte. — Post-Tarif. — Lohn-Tabelle. — Multiplikations-Tabelle. — Maßgewichte in Deutschland. — Ueber Pferdekräft. — Maß- und Gewicht-Tabelle. — Münzwesen. — Papiergeb. — Gesetz, betreffend die Unterstützung von Fa-milien der zu Friedensbedingungen einderufenen Mannschaften. — Gesetz, betr. die Ab-zahlungs-geschäfte. — Praktische An-leitung zu der gewerblichen Buchfüh-rung. — Die Religionen der Erde. — Vom Jahre 1895. — Eine neue Posteinrichtung, Nachnahme mittelst Postkarte. — Einmaße- und Ausgabe-Tabelle. — Inzerate. — Notiz-kalender. — Schreibpapier. — Die Preise bleiben dieselben wie letzter.

Briefkasten.

Battingen. Wenn wir die Geschichte von dem Ehrenjüngling...

Vereins-Anzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Altenburg. Donnerstag, 11. Oktober öffentliche Metallarbeiter-Versammlung...

Alt- und Hengeradorf. Alle reifenden Mitglieder werden ersucht...

Apolda. Sonnabend, 6. Okt., Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung...

Bismarck. Sonnabend, 6. Oktober, Abends 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung...

Bayreuth. Samstag, 13. Okt., Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung...

Burg l. Magdeb. Sonnabend, 13. Okt., Abends 9 Uhr, im Vereinslokale...

Cottbus. Sonnabend, 6. Okt., Abends 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung...

Dresden-Rieschadt und Umgebung. Dienstag, 16. Okt., Familienabend...

Eisenhütten. Sonnabend, 20. Oktober, Mitglieder-Versammlung...

Elbing. Für das Winterhalbjahr finden unsere Versammlungen...

Erfurt. Sonnabend, 8. Okt., Abends 9 Uhr, im Vereinslokale...

Essen. (Sektion der Klempner.) Sonntag, 7. Okt., Vorm. 11 Uhr...

Glöttgen. Samstag, 6. Okt., Abends 8 Uhr, Versammlung...

Homburg. (Allg.) Sonnabend, den 18. Oktober, Abends 8 Uhr...

Gassen. Sonnabend, 6. Okt., Abends 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung...

Sachsenhausen. Samstag, 13. Okt., Mitglieder-Versammlung...

Strehen. Samstag, 13. Okt., Mitglieder-Versammlung...

Sülz. Montag, 15. Okt., Abends 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung...

Süßen. Sonnabend, 13. Okt., Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung...

Süßhagen-Rosheim. Die Mitglieder werden ersucht...

Hamburg-Eimsbüttel. Große öffentliche Versammlung...

Hannover. (Sektion der Klempner.) Montag, 8. Okt., Abends 9 Uhr...

Hof. Samstag, 6. Okt., Abends 9 Uhr, bei Deeg (Mühlbaum)...

Hrolohn. Sonntag, 7. Okt., Vorm. 11 Uhr, Zahlung der Beiträge...

Hüterbock. Sonntag, 7. Okt., Nachm. 3 Uhr, bei Herrn Spruchme...

Harlsruhe. Samstag, 6. Okt., Abends 9 Uhr, Generalversammlung...

Hechhausen. Sonntag, 14. Okt., Vorm. 10 Uhr, im Vereinslokale...

Jenny. Sonntag, 7. Oktober, Nachm. 5 Uhr, bei Herrn Jütte...

Jüden. Montag, 8. Okt., Abends 9 Uhr, zur Einweihung...

Judenwald. Montag, 8. Okt., Abends 8 Uhr, bei Hwe. Schübe...

Jüneburg. Sonnabend, 6. Okt., Abends 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung...

Köln. Sonntag, 7. Okt., Vorm. 10 Uhr, Mitglieder-Versammlung...

Köln. Sonntag, 7. Okt., Vorm. 10 Uhr, Mitglieder-Versammlung...

erschüt, die aus derselben entnommenen Bücher abzuliefern.

Mainz-Gustavsburg-Rosheim. Sonntag, 7. Okt., Gemeinshaftlicher Agitationsausflug...

Messelwitz. Sonnabend, 6. Oktober, Abends 9 Uhr, Versammlung...

Minden. Sonnabend, 13. Okt., Abends 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung...

Münster i. W. Sonntag, 14. Okt., Vorm. 12 Uhr, Versammlung...

Münster. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 13. Okt., Versammlung...

Münster. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 13. Okt., Versammlung...

Münster. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 13. Okt., Versammlung...

Münster. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 13. Okt., Versammlung...

Münster. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 13. Okt., Versammlung...

Münster. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 13. Okt., Versammlung...

Münster. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 13. Okt., Versammlung...

Münster. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 13. Okt., Versammlung...

Münster. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 13. Okt., Versammlung...

Münster. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 13. Okt., Versammlung...

Münster. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 13. Okt., Versammlung...

Münster. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 13. Okt., Versammlung...

Münster. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 13. Okt., Versammlung...

Münster. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 13. Okt., Versammlung...

Münster. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 13. Okt., Versammlung...

neuer Mitglieder. Protokoll. Fragelasten. Bericht der Delegierten...

Willingen. Samstag, 13. Okt., Versammlung im „Fessen“...

Wolfenbüttel. Sonnabend, 13. Okt., Abends 9 Uhr, bei Buchhändler...

Zittau. Dienstag, 9. Okt., Abends 9 Uhr, Bahlabend...

Zwickau. Sonnabend, 13. Okt., Abends 8 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung...

Anzeigen.

Advertisement for David Winteritz, 86 years old, from Leipzig.

Advertisement for Hugo Gärtner, 60h, from Magdeburg.

Advertisement for Der Schlosser Friedr. Prügel, 1. Dez. 1874.

Advertisement for Der Schlosser Adolf Otte, 6. Juli 1893.

Advertisement for Bekannmachung, 87 der D. Met.-Arb.-Ztg.

Advertisement for Das Mitglied Johannes Wörfen, 23. Juli 1874.

Advertisement for Junger Mann, agitatorische Kraft, bittet die Verwaltungen...

Advertisement for Hamburger Lederhosen, unteigraun und dunkler...

Advertisement for D. Schlesinger, Braunschweig, Sonnenstr. 12.

Advertisement for Suche einen tüchtigen ledigen Feilenhauer.

Advertisement for Fachschriften für Metallarbeiter.

Advertisement for Thürschilder ff. gravirt von A. Otto Gensky.

Advertisement for Reise-Handbuch für wandernde Arbeiter.